

1825
2015

190 JAHRE

Geschäftsbericht 2015

Die Sparkasse Bremen AG

Stark. Fair. Hanseatisch.



Die Sparkasse Bremen
Finanzdienstleistung

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Geschäftsbericht 2015

Rechtsstellung/Sitz

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

Inhalt

04	Editorial
06	Corporate Governance Bericht
08	Entsprechenserklärung 2015
09	Organe Beiräte Unternehmensbereiche
11	Lagebericht
27	Jahresabschluss
28	Jahresbilanz
30	Gewinn-und-Verlust-Rechnung
31	Anhang
46	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
47	Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
48	Bericht des Aufsichtsrates



Die Sparkasse Bremen

Nah am Kunden. Nachhaltig für die Region.

Im 190. Jahr ihres Bestehens hat die Sparkasse Bremen trotz Niedrigzinsphase, zunehmender Regulierung und intensivem Wettbewerb ein erfolgreiches Geschäftsergebnis erzielt. Dank ihres nachhaltigen Wirtschaftens, ihrer konsequenten Kundenorientierung und des großen Engagements ihrer Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter konnte sie ihre führende Position in Bremen souverän behaupten. FOCUS MONEY zeichnete die Sparkasse Bremen zum sechsten Mal in Folge als beste Privatkundenberatung in Bremen aus, auch die Firmenkundenberatung sowie die Baufinanzierung und das Private Banking belegten den ersten Platz.



Der Vorstand der Sparkasse Bremen von links nach rechts:
Joachim Döpp, der Vorsitzende Dr. Tim Neseemann,
Dr. Heiko Staroßom und Thomas Fürst



Verlangsamtes Wachstumstempo der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2015 langsamer als in den Vorjahren. Insbesondere das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern verlor weiter an Dynamik und ging bereits im fünften Jahr in Folge zurück. Das von Sanktionen des Westens in der Ukraine-Krise sowie vom Ölpreis-Sturz getroffene Russland trug wesentlich zu dieser Entwicklung bei. In den Industrieländern zeigte sich das Wachstum dagegen robuster als erwartet. Wie bereits im Jahr 2014, zog vor allem in den USA und im Vereinigten Königreich die Konjunktur wieder an. Der Euroraum setzte seine wirtschaftliche Erholung weiter fort. In ehemaligen Krisenländern, wie Spanien oder Irland, verlief diese Erholung sogar überproportional schnell. So stehen für das Jahr 2016 in der Eurozone die Zeichen wieder auf moderatem Wachstum, begünstigt durch den weiterhin günstigen Ölpreis, die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die Abwertung des Euro gegenüber anderen Währungen wie dem US-Dollar.

Wachstumstreiber Binnenkonsum in Deutschland

Deutschland konnte seinen Wachstumskurs im Jahr 2015 fortsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg ähnlich wie im Vorjahr und erhöhte sich um 1,7 %. Wichtigster Wachstumsmotor war erneut die Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben legten um 1,9 % und die staatlichen Konsumausgaben um 2,8 % zu. Abgeschwächt im Vergleich zum Vorjahr verlief das Wachstumstempo bei den Bruttoanlageinvestitionen, während der deutsche Außenhandel weiter an Dynamik gewann: Sowohl die Exporte nahmen um 5,4 % zu als auch die Importe um 5,7 %. Am Arbeitsmarkt erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit 43 Millionen einen neuen Rekordstand.

Anhaltend gute Geschäftslage in Bremen

Die Bremer Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2015 über dem Bundesdurchschnitt gewachsen, das reale Bruttoinlandsprodukt stieg in den ersten sechs Monaten um 2,1 %. Im weiteren Jahresverlauf verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung jedoch im Zuge der nachlassenden Globalkonjunktur wieder. Zu den Wachstumstreibern in Bremen zählten vor allem die Industrie, das Baugewerbe und der Dienstleistungssektor. Der Groß- und Außenhandel dagegen litt im Jahresverlauf unter der nachlassenden

Weltkonjunktur und Wechselkurssorgen. Somit bleiben auch die Exporterwartungen gedämpft. Insgesamt rechnen die Bremer Unternehmen damit, dass sich im Jahr 2016 der aktuelle Expansionspfad abgeschwächt fortsetzen wird.

Sparkasse Bremen baut Marktführerschaft aus

Für die deutsche Kreditwirtschaft stand das Jahr 2015 im Zeichen der nochmals verstärkten expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) und der daraus resultierenden historisch niedrigen Marktzinssätzen. Hinzu kamen weitere regulatorische Anforderungen und ein erheblicher Wettbewerbsdruck. In diesem anspruchsvollen Umfeld hat die Sparkasse Bremen im Jahr 2015 ihre Marktführerschaft im Privatkundengeschäft und in der Mittelstandsfinanzierung weiter behauptet. Ihr Kundenkreditgeschäft konnte sie im Vergleich zum Vorjahr auf 8.762,8 Millionen Euro ausweiten. Im Firmenkundengeschäft verzeichnete die Sparkasse Bremen starke Zuwächse im Bereich der Spezialfinanzierungen. Und im Privatkundengeschäft ist vor allem der Wohnungsbaukreditbestand angestiegen. So hat die Sparkasse Bremen in diesem Bereich einen Marktanteil von rund 50 % am gesamten Neugeschäft in der Hansestadt.

Nicht nur die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, auch die sich wandelnden Kundenbedürfnisse im Zuge der Digitalisierung stellen die Sparkasse Bremen vor Herausforderungen. Diesen begegnet sie mit konsequenter Kundenorientierung, hoher Beratungsqualität und innovativen Finanzdienstleistungen.

Als regional verankertes Kreditinstitut trifft die Sparkasse Bremen seit ihrer Gründung im Jahr 1825 alle Entscheidungen vor Ort – zum Nutzen der Kunden und einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie hat sie 2015 einen weiteren wichtigen Schritt vollzogen: Als vierte Sparkasse in Deutschland hat die Sparkasse Bremen eine Entsprechenserklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) abgegeben. Auf dem Fundament nachhaltigen Wirtschaftens stehen wir auch in Zukunft als zuverlässiger und kompetenter Partner an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger Bremens: stark, fair, hanseatisch.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dr. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. Heiko Staroßom

Corporate Governance Bericht

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch ein wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. 2 ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Fassung: 5. Mai 2015) enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen („soll“) und Anregungen („sollte“). Von diesen

Der Aufsichtsrat ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, der bei Bedarf ohne den Vorstand tagt. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun – im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex unabhängigen – Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, Frau Janina Marahrens-Hashagen, Bremen, und Herr Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Als gewählte Arbeitnehmervertreter gehörten ihm die Herren Björn Drenkwitz, Bremen, Heiko Oerter, Bremen, und Volker Stange, Bremen, an.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungsrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kredit- und Risikoausschuss

Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratsitzung am 2. Dezember 2015 den Umsetzungsstatus vom 25. November 2014 formal bestätigt. Unverändert gilt, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entsprechenserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetseite „www.sparkasse-bremen.de“ veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

gebildet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der „Bericht des Aufsichtsrates“. Der Aufsichtsrat trat im Jahr 2015 zu vier Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren, geschäftspolitische Themen zu diskutieren und über Vorstandsangelegenheiten (einschließlich des Vergütungssystems) zu beraten. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2015 durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die derzeit gültigen Vergütungsregelungen wurden in der Hauptversammlung am 21. Mai 2014 beschlossen. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-Fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-Fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig im Zuge von Neuvorschlägen bzw. der Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern mit seiner internen Struktur und Zusammensetzung. Konkret sind Altersgrenzen festgelegt. Eine Regelgrenze für die Zugehörigkeitsdauer beschränkt sich auf die Altershöchstgrenze. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 5 AktG beträgt 22 %. Für das Erreichen dieser Zielgröße ist eine Frist bis zum 30. Juni 2017 festgelegt. Gemeinsam mit dem Vorstand wird für eine langfristige Nachfolgeplanung gesorgt.

Für seine Vorschläge zur Wahl neuer Aufsichtsratsmitglieder an die Hauptversammlung vergewissert sich der Aufsichtsrat bei dem jeweiligen Kandidaten, dass er den zu erwartenden Zeitaufwand aufbringen kann. In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

Der Vorstand ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden sowie drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist u. a. zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersversorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach § 107 Abs. 3 Satz 3 AktG bleiben davon unberührt. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand gemäß § 111 Abs. 5 AktG beträgt 25 % mit einer Frist bis zum 31. Dezember 2020. Daneben hat der Vorstand für beide Führungsebenen unterhalb des Vorstandes gemäß § 76 Abs. 4 AktG Zielgrößen von 20 % mit einer Fristumsetzung bis zum 30. Juni 2017 sowie 25 % mit einer Fristumsetzung bis zum 31.12.2019 festgelegt.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus

fixen und variablen Bestandteilen zusammen. In seiner Sitzung am 2. Dezember 2015 wurde der Aufsichtsrat turnusmäßig über die Struktur und Angemessenheit des Vergütungssystems und etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand informiert. Die erfolgsabhängige Vergütung wird neben dem originären Unternehmensergebnis von der Erreichung entsprechender Langfristziele (Kundennutzen, Produktivität, Risikotragfähigkeit) sowie individuellen, persönlichen Zielen beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Die variable Vergütung ist auf 100 % der Grundvergütung begrenzt. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

Entsprechenserklärung 2015

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 5. Mai 2015 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

- a) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.2).
- b) Über die Corporate Governance wird jährlich berichtet, allerdings – mangels Erklärung zur Unternehmensführung – weiterhin im Corporate Governance Bericht im Geschäftsbericht (Kodex-Nr. 3.10).
- c) Der Präsidialausschuss bereitet u. a. auf Basis der Prüfungsberichte die Sitzung des Aufsichtsrates vor, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Ihm sind die Compliance-Berichte vorzulegen. Aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG besteht für eine Trennung des Vorsitzes im Aufsichtsrat und des Vorsitzes im Präsidialausschuss kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 5.2).
- d) Der Präsidialausschuss nimmt u. a. die Aufgaben eines Nominierungsausschusses nach § 25 d Abs. (11) KWG wahr. Auf die Bildung eines eigenständigen Nominierungsausschusses wird daher vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).
- e) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG sowie etwaige von der Die

Sparkasse Bremen AG an diese gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, werden aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung weder im Anhang zum Jahresabschluss noch im Lagebericht individualisiert offengelegt (Kodex-Nr. 5.4.6).

- f) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.1).
- g) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.3).
- h) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf. Nach Auffassung von Aufsichtsrat und Vorstand besteht aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung kein Umsetzungsbedarf (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2, 7.1.3 und 7.1.4).

2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der „Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 5. Mai 2015 mit den unter 1. a) – h) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 7. April 2016

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Der Vorstand

Dr. Tim Neseemann
Vorsitzender des Vorstandes

Joachim Döpp
Mitglied des Vorstandes

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
NordCap GmbH & Co. KG
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungs-
gesellschaft
Björn Drenkwitz
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG
Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der
Bremer Heimstiftung

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte
Geschäftsführer der
Henry Lamotte Oils GmbH
Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen
Geschäftsführende Gesellschafterin der
H. Marahrens Schilderwerk, Siebdruckerei,
Stempel GmbH
Heiko Oerter
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG
Volker Stange
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG

Vorstand

Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Vorsitzender des Vorstandes
Joachim Döpp
Thomas Fürst
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Beiräte

Direktion Nord

Hans-Jürgen Busch
Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel
Heiko Dornstedt
Ortsamtsleiter Vegesack
Karl-Peter Hoffmeyer
Vorsitzender des Vorstandes der
Nehlsen AG

Reiner Kammeyer
Referent Senatskanzlei Bremen
Matthias Mantwill
Geschäftsführer der
BWK Chemiefaser GmbH
Olaf Mosel
Kaufmann

Karin Petry
Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww GmbH
Christian Stubbe
Mitinhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

Direktion Ost

Marco Bremermann
Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann
Ludwig Cords
Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH
Heinz Döhrmann
Landwirt

Marco Fuchs
Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG
Ulrich Höft
Ortsamtsleiter Hemelingen
Frauke Riedemann-Schmitz
Inhaberin des Schuhhauses Riedemann
Ulrich Schlüter
Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade
Diplom-Ökonom, Steuerberater
Rolf A. Weidelt
Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik GmbH & Co. KG
Jens Wittrock
Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

Unternehmensbereiche

Marktbereich

Direktionen

Detlef Mehrkens, Mitte
Dieter Wolfsdorf, Ost
Michael Feht, Süd
Patrick Brandt, Nord

Private Banking

Dr. Dirk Rollenhagen

Immobiliencenter

Holm Diez
Holger Hintze

Firmenkunden

Ralf Kubitz
Ralf Pfannenschmidt

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury

Werner Logemann

Servicebereich

Compliance

Kerstin Hainle

Gesamtbanksteuerung

Wolfgang Taden

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Kundenservice

Janet Wilhelmi

Organisation

Arne Beckefeld

Personal

Reinhard Lüllmann

Revision

Oliver Buck

Vorstandsstab und Kommunikation

Dr. Birgit Krull

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Lagebericht

Grundlagen der Sparkasse

Auf Initiative von Bremer Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 1825 gegründet, konnte die Sparkasse Bremen im vergangenen Geschäftsjahr ihr 190-jähriges Jubiläum feiern. Noch heute gehört die Sparkasse Bremen als freie Sparkasse den Bremerinnen und Bremern. Ihnen verdankt sie ihren Erfolg und ihre Stärke.

Mit einer Bilanzsumme von rund 11 Mrd. EUR und rund 1.450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Sparkasse Bremen ein starker Partner für Privat- und Firmenkunden in der Hansestadt. Sie bietet als Marktführer ein breites Angebot hochwertiger Finanzdienstleistungen für alle Bremerinnen und Bremer. Neben dem Privatkundengeschäft zählen die Vermögensberatung, das Private Banking und das Firmenkundengeschäft inklusive des Spezialfinanzierungsgeschäftes zum Angebot. Über 400.000 Privat- und rund 30.000 Firmenkunden schenken der Sparkasse Bremen ihr Vertrauen. Damit hat die Sparkasse Bremen in der Region Bremen einen Marktanteil von über 40 %.

Darüber hinaus leistet die Sparkasse Bremen mit einem jährlichen Betrag von rund 4 Mio. EUR für gemeinwohlorientierte Initiativen sowie vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in Bremen.

Die Nähe zum Kunden, umfassende Beratungsleistungen, die professionelle Entscheidung vor Ort sowie ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung für Bremen und die Region gehören zum Selbstverständnis der Sparkasse Bremen.

Im Geschäftsjahr 2015 hat sich die Sparkasse Bremen als vierte Sparkasse in Deutschland verpflichtet, den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) anzuerkennen. Mit der Abgabe einer Entsprechenserklärung zum DNK erfüllt die Sparkasse Bremen damit bereits heute die ab dem Jahr 2017 verpflichtend geltenden Anforderungen zur Berichterstattung über Aspekte des nachhaltigen Wirtschaftens.

Wirtschaftsbericht

Die Weltwirtschaft war im Jahr 2015 insgesamt durch eine Abschwächung des Wachstumstempos gekennzeichnet. Insbesondere das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern verlor im Jahr 2015 weiter an Dynamik. Einige größere Schwellenländer – wie Brasilien und Russland – sind im Jahresverlauf sogar in eine Rezession geraten. Das Wachstum in den Industrieländern zeigte sich dagegen robuster. Hier führten wiederum die USA und das Vereinigte Königreich die Entwicklung an. Im Euroraum hat sich die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2015 fortgesetzt und gefestigt. In einigen früheren Krisenländern – etwa Spanien und Irland – lief diese Erholung sogar mit überproportionalem Tempo ab.

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war im Jahr 2015 im Mittelfeld des Euroraums angesiedelt. Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes erreichte nach ersten amtlichen Schätzungen einen Wert von 1,7 %. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief dabei stetig über die einzelnen Quartale und zeigte sich von geopolitischen Risiken und Krisen nahezu unbeeindruckt. Treiber des Wirtschaftswachstums war insbesondere die starke binnenwirtschaftliche Nachfrage, wobei die privaten Konsumausgaben um 1,9 % und die staatlichen Konsumausgaben sogar um 2,8 % zulegten. Abgeschwächt im Vergleich zum Vorjahr verlief das Wachstumstempo dagegen bei den Bruttoanlageinvestitionen. Während die Ausrüstungsinvestitionen um 3,6 % stiegen, lag das Plus im Bereich der Bauinvestitionen nur bei 0,2 %. Im Außenhandel legten sowohl die Exporte (+5,4 %) als auch die Importe (+5,7 %) zu. Am deutschen Arbeitsmarkt erhöhte sich erneut die Zahl der Erwerbstätigen und erreichte mit 43 Mio. einen neuen Rekordstand. Die Arbeitslosenquote ist noch einmal leicht um 0,3 % - Punkte auf 6,4 % zurückgegangen.

Mit einem Wachstum von real 2,1 % kam die bremische Wirtschaft nach dem Konjunkturbericht der Handelskammer in der

ersten Jahreshälfte 2015 etwas besser voran als der Bund. Im weiteren Jahresverlauf verlangsamte sich die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund der nachlassenden Globalkonjunktur. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um 1,7 %. Freundlich verlief die konjunkturelle Entwicklung in der Industrie. Hier erzielten insbesondere die Elektroindustrie, die Kaffeeverarbeiter sowie der Fahrzeug- und der Maschinenbau Zuwächse. Positive Entwicklungen verzeichneten darüber hinaus das Baugewerbe – hier sorgte das niedrige Zinsniveau für Impulse – und die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft. Im Dienstleistungssektor hielt die Expansion insbesondere aufgrund positiver Entwicklungen in der Kreditwirtschaft weiter an. Treiber waren hier im Wesentlichen die Immobilienfinanzierung und die Vermögensverwaltung. Ein heterogenes Bild zeigte die Hafen- und Logistikwirtschaft: Die bremischen Häfen verzeichneten einen reduzierten Güterumschlag und schlossen insgesamt im Minus ab. Einen freundlichen Geschäftstrend vermeldete dagegen das Speditionsgewerbe. Der Groß- und Außenhandel litt im Jahresverlauf unter der nachlassenden Weltkonjunktur und Wechselkursorgen.

Für die deutsche Kreditwirtschaft war die Entwicklung im Jahr 2015 wesentlich beeinflusst durch die fortgesetzte und – infolge des initiierten Anleihenkaufprogramms – nochmals verstärkte expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Die daraus resultierenden historisch niedrigen Marktzinsen begrenzen die Möglichkeiten von Kreditinstituten, Erträge zu erwirtschaften und Fristentransformation zu betreiben. Darüber hinaus stellen die weiter zunehmenden regulatorischen Anforderungen sowie erheblicher Wettbewerbsdruck die Kreditwirtschaft vor große Herausforderungen.



Geschäftsentwicklung

Geschäftsverlauf/Entwicklung 2015

Die Sparkasse Bremen konnte im Geschäftsjahr 2015 ihre Marktführerschaft in der Region Bremen in einem herausfordernden Wettbewerbsumfeld weiter behaupten. Eine erneut positive und über den Erwartungen liegende Bestandsentwicklung vornehmlich im Kredit-, aber auch im Einlagengeschäft führte zu einer im Vorjahresvergleich um 109,2 Mio. EUR gestiegenen Bilanzsumme. Das Geschäftsvolumen lag zum Geschäftsjahresende mit 11.474,7 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau. Insbesondere aufgrund deutlich reduzierter Zinsaufwendungen ist es der Sparkasse Bremen gelungen, ihren Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2015 maßgeblich zu steigern.

Das Kundenkreditgeschäft konnte im Vergleich zum Vorjahr stichtagsbezogen um 561,9 Mio. EUR auf 8.762,8 Mio. EUR ausgeweitet werden. Im Firmenkundengeschäft verzeichnete die Sparkasse Bremen insbesondere infolge starker Zuwächse im Bereich der Spezialfinanzierungen eine deutlich über den Erwartungen liegende Bestandsentwicklung. Im Kreditgeschäft mit Privatkunden verlief die Entwicklung ebenfalls positiv und besser als erwartet: Die Sparkasse Bremen konnte im Wohnungsbaukreditgeschäft die durch das niedrige Zinsniveau weiterhin begünstigten Sondertilgungen durch Zuwächse im Neugeschäft kompensieren und insgesamt einen Anstieg der Bestände verzeichnen.

Das Kundeneinlagengeschäft der Sparkasse Bremen war insgesamt von einer stabilen Geschäftsentwicklung geprägt. Der rückläufigen Entwicklung im Firmenkundenbereich standen deutliche Zuwächse im Privatkundenbereich gegenüber.

Im Bereich der Eigenanlagen in Wertpapieren war die Entwicklung der Aktien- und Rentenmärkte auch im Jahr 2015 durch hohe Volatilitäten und Schwankungsbreiten geprägt. Die Sparkasse Bremen reagierte unterjährig durch entsprechende Maßnahmen sowohl im Aktien- als auch Rentenbereich auf die Marktvolatilitäten. Darüber hinaus hat die Sparkasse Bremen begonnen – vor dem

Hintergrund der Marktentwicklungen, aber auch zur Sicherstellung künftiger aufsichtsrechtlicher Anforderungen –, ihre Eigenanlagen neu zu strukturieren. Zum Jahresende betrug der bilanzielle Bestand an Eigenanlagen 1.510,2 Mio. EUR und reduzierte sich damit um 124,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteilsbesitz der Sparkasse Bremen an Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 18,3 Mio. EUR und weist zum Jahresende einen Wert von 170,0 Mio. EUR aus. Die wesentliche Veränderung im Rahmen der Maßnahmen zur Optimierung des Beteiligungsportfolios umfasste die wirtschaftliche Einbringung der von der Sparkasse Bremen-Gruppe gehaltenen Beteiligung an der GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen in die neu gegründete Bremische Wohnungsbaubeteiligungsgesellschaft mbH. Insgesamt verteilt sich der Anteilsbesitz der Sparkasse Bremen auf 43 Unternehmen.

Im Rahmen der konsequenten Ausrichtung am Kundennutzen hat die Sparkasse Bremen im Geschäftsjahr 2015 weitere Maßnahmen zur Vereinfachung der Prozesse und zur Veränderung der Führungsspannen eingeleitet, die zu einer sukzessiven Reduzierung des Personalbestandes bis zum Jahr 2020 führen. Die sozialverträgliche Gestaltung dieses Wandels durch umfangreiche Vorruhestandsvereinbarungen hatte eine außerordentliche Belastung der Ertragslage zur Folge.

Die Sparkasse Bremen erzielte im Geschäftsjahr 2015 mit 25,7 Mio. EUR einen im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Mio. EUR reduzierten Jahresüberschuss. Neben einem gestiegenen Zinsüberschuss und weiter rückläufigen Sachaufwendungen trugen insbesondere einmalige Belastungen aus umfangreichen Vorruhestandsvereinbarungen sowie außerordentliche Ergebnisbeiträge aus der Optimierung des Beteiligungsportfolios zur Ergebnisentwicklung bei.

Personal- und Sozialbereich

Auch das Geschäftsjahr 2015 war für die Sparkasse Bremen neben der anhaltenden Niedrigzinsphase durch erheblichen Wettbewerbsdruck und hohe Zusatzkosten für Maßnahmen im Rahmen der Banken-Regulatorik gekennzeichnet. In diesem herausfordernden Umfeld hat sich die Sparkasse Bremen positiv entwickelt und konnte erste Erfolge des in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weges der Produktivitätsverbesserung erzielen. Im Berichtsjahr wurden weitere Maßnahmen zur Vereinfachung der Prozesse und zur Veränderung der Führungsspannen, mit dem Ziel der konsequenten Ausrichtung auf den Kundennutzen, eingeleitet. Sie werden bis zum Jahr 2020 sukzessive zur Reduzierung des Personalbestandes führen. Dieser Wandel wird durch die Sparkasse Bremen sozialverträglich gestaltet.

Als erste Auswirkung aus dieser mittelfristigen Personalplanung reduzierte sich der Personalbestand der Sparkasse Bremen zum Jahresende vorrangig durch Vorruhestandsvereinbarungen auf 1.447 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (–2,8 % gegenüber dem Vorjahr). Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies 1.242 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der überwiegende Teil der Beschäftigten (über 70 %) arbeitet in der Beratung der Kunden. Im Vorjahresvergleich stieg die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit von 493 auf 523 an (ca. 36 % der Beschäftigten).

Die Sparkasse Bremen strebt für ihre Kunden die höchstmögliche Beratungsqualität an und orientiert sich dabei an den Zielen und Wünschen ihrer Kunden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, investiert die Sparkasse Bremen kontinuierlich in die Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieses gilt sowohl in der Kundenberatung als auch im Backoffice-Bereich. Das Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 77 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann oder über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt. Darüber hinaus haben knapp ein Achtel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität. Die Sparkasse Bremen unterstützt ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch aktiv bei der nebenberuflichen Weiterbildung durch eine bezahlte Freistellung. Die vor zwei Jahren eingeführte „Förderpolicy“ wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr gut angenommen. Auch im vergangenen Jahr wurde dieser eingeschlagene Weg wieder durch verschiedene Auszeichnungen für beste Beratungsqualität im Privat- und Firmenkundenbereich als richtig bestätigt.

Um auch in Zukunft ihren Ansprüchen gerecht zu werden, hat die Sparkasse Bremen zum 31.12.2015 die Anzahl Ihrer Auszubildenden mit 105 auf dem hohen Vorjahresniveau gehalten. Weiterhin wird das Angebot eines Dualen Studiums verstärkt nachgefragt. Mit einer Ausbildungsquote von 8,1 % der bankspezifisch Beschäftigten leistet die Sparkasse Bremen einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Bremen. Die gute Qualität der Ausbildung bei der Sparkasse Bremen wurde im Jahr 2015 durch die Auszeichnung von drei Auszubildenden mit dem Preis der Hermann-Leverenz-Stiftung für hervorragende Leistungen in den kaufmännischen Abschlussprüfungen bestätigt. Um auch weiterhin qualifizierte Auszubildende zu finden, hat die Sparkasse Bremen eine neue Kampagne zum Recruiting ins Leben gerufen, die bereits zu gesteigerten Bewerberzahlen geführt hat.

Für die Sparkasse Bremen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sehr wichtig. Sie investiert deshalb insbesondere in die Bereiche Kinderbetreuung, Unterstützung pflegender Angehöriger, Teilzeitmodelle, Gesundheitsmanagement sowie in eine Vielzahl betrieblicher Sozialleistungen. Diese Investitionen tragen zur Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeber bei und waren ein Schlüssel für die Auszeichnung „Bester Arbeitgeber in Bremen und Niedersachsen“ im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs von „Great Place to Work“. Bundesweit schaffte es die Sparkasse Bremen mit einem hervorragenden Ergebnis unter die Top 20 der besten Arbeitgeber Deutschlands. Um das Bewusst-

sein für mehr Bewegung sowie Gesundheit zu fördern und den Teamgeist zu stärken, hat die Sparkasse Bremen 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Aktion „easy going“ in Bewegung gebracht. Zusammen wurden mehr als 600.000 Kilometer erlaufen. Zum 190-jährigen Jubiläum hat die Sparkasse Bremen über 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Tag freigestellt, damit sie sich für gemeinnützige Zwecke engagieren konnten.

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die Sparkasse Bremen gibt nachfolgende Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB ab:

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Sparkasse Bremen haben im Geschäftsjahr 2015 Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung im Aufsichtsrat und Vorstand sowie in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes gemäß § 76 Abs. 4 und § 111 Abs. 5 AktG festgelegt.

Die Zielgröße für den Frauenanteil im Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 5 AktG beträgt 22 %. Für das Erreichen dieser Zielgröße wird eine Frist bis zum 30. Juni 2017 festgelegt. Die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand gemäß § 111 Abs. 5 AktG beträgt 25 % mit einer Frist bis zum 31. Dezember 2020. Für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes wurden gemäß § 76 Abs. 4 AktG Zielgrößen von 20 % mit einer Fristumsetzung bis zum 30. Juni 2017 sowie 25 % mit einer Fristumsetzung bis zum 31. Dezember 2019 festgelegt.

Kundenbeziehungen

Die Sparkasse Bremen konnte sich erneut als klarer Marktführer im Privatkundengeschäft in der Region Bremen positionieren. Auch im Firmenkundengeschäft behielt sie ihre hohe Marktstellung und ist weiterhin die Nummer 1 in der Mittelstandsfinanzierung.

Indikator dafür ist der jährlich ermittelte Kundenpräferenzwert. Dieser gibt die Position der Sparkasse Bremen – auf Basis des aktuellen Leistungsportfolios – im Vergleich zum Wettbewerb wieder und wird durch eine repräsentative Befragung der Bremer Bevölkerung ermittelt. Auf Basis der im Jahr 2015 durchgeführten Befragung weist die Sparkasse Bremen eine sehr starke Marktstellung auf, die sich in einem Präferenzwert im Privatkundenbereich von 54 sowie im Firmenkundenbereich von 59 darstellt. Damit konnte insgesamt die bereits bisher starke Marktstellung auf hohem Niveau gehalten werden.

Im Rahmen der Kundenbefragung haben wir auch die Relevanz einzelner Angebote unseres Leistungsportfolios durch die Marktteilnehmer bewerten lassen. Danach wird deutlich, wie wichtig das Thema Online- und Mobilebanking, aber auch das Sicherheitsbedürfnis der Befragten ist. Dies steht nicht etwa im Widerspruch zueinander, sondern zeigt, dass der Umgang mit den neuen Medien nur dann einen Wettbewerbsvorteil mit sich bringt, wenn sich die Nutzer sicher fühlen – beim Datenschutz angefangen bis hin zur Einlagensicherung.

Die starke Marktstellung sowohl im Privat- als auch im Firmenkundenbereich ist das Ergebnis unserer konsequenten Ausrichtung an den primären Kundenbedürfnissen – Beratungskompetenz, Service, Zuverlässigkeit und Sicherheit. Das Verständnis aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre klare Ausrichtung daran wird sich auch in Zukunft auszahlen und unsere starke Marktstellung sichern.

Eines unserer Differenzierungsmerkmale ist unsere Erreichbarkeit vor Ort und in dem Zusammenhang insbesondere unsere sehr gute Beratungskompetenz. Diese führt dazu, dass wir seit mehreren Jahren regelmäßig Auszeichnungen z.B. im FOCUS MONEY „City Contest“ oder das Zertifikat des TÜV Rheinland entgegennehmen dürfen. Von FOCUS MONEY haben wir im Jahr 2015 – neben der seit Jahren prämierten „Besten Privatkundenberatung“ – nun auch Auszeichnungen für die „Beste Firmenkundenberatung“, „Beste Baufinanzierungsberatung“ und das „Beste Private Banking“ erhalten.

Als regionales Institut, welches alle Entscheidungen hier vor Ort trifft, sind uns nachhaltige Werte wie Verlässlichkeit, eine hohe Beratungsqualität und exzellenter Service ein primäres Anliegen. Die Vermeidung von langen Entscheidungswegen erhöht die Zufriedenheit unserer Kunden, die darauf setzen, bei ihren Anliegen kompetent, schnell und zuverlässig unterstützt zu werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN:

	Bestand (in Mio. €)		Bestand (in Mio. €)	
	31.12.2015		31.12.2014	
Geschäftsvolumen	11.474,7		11.462,1	
Forderungen an Kunden	8.762,8	76,4 %	8.200,9	71,5 %
<i>darunter:</i>				
grundpfandrechtl. gesichert	3.521,9	30,7 %	3.392,6	29,6 %
Kommunalkredite	136,2	1,2 %	119,6	1,0 %
Forderungen an Kreditinstitute	368,3	3,2 %	671,5	5,9 %
Wertpapiervermögen	1.510,2	13,2 %	1.635,0	14,3 %
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	7.670,9	66,9 %	7.444,3	64,9 %
<i>darunter:</i>				
Spareinlagen	3.142,0	27,4 %	3.135,4	27,4 %
Schuldverschreibungen	212,2	1,8 %	209,4	1,8 %
Täglich fällige Einlagen	3.656,2	31,9 %	3.326,8	29,0 %
Befristete Einlagen	660,5	5,8 %	772,7	6,7 %
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.193,0	19,1 %	2.420,3	21,1 %
Eventualverbindlichkeiten	412,9	3,6 %	509,5	4,4 %
Eigenkapital	661,6	5,8 %	637,0	5,6 %

Die deutliche Erhöhung der Kundenforderungen um 561,9 Mio. EUR ist im Wesentlichen auf das Firmenkundengeschäft zurückzuführen. Hier konnte die Sparkasse Bremen insbesondere im sonstigen Darlehensgeschäft im Bereich der Spezialfinanzierungen das Neugeschäftsvolumen ausweiten und damit eine deutlich über den Erwartungen liegende Bestandsentwicklung verzeichnen. Die ebenfalls positive Volumenentwicklung im Privatkundengeschäft ist im Wesentlichen durch Steigerungen des Neugeschäftsvolumens im Wohnungsbaukreditgeschäft gekennzeichnet. Auch im Privatkundengeschäft verlief die Entwicklung damit besser als erwartet, die Bestandserhöhungen lagen oberhalb der prognostizierten Werte.

Die Kundenverbindlichkeiten erhöhten sich in der Stichtagsbetrachtung im Vergleich zum Vorjahr um 226,6 Mio. EUR. Die rückläufige und auch unter den Erwartungen liegende Entwicklung im Firmenkundenbereich konnte die Sparkasse Bremen durch ein erfolgreiches Einlagengeschäft im Privatkundenbereich kompensieren. Während sich der Bestand an Spareinlagen annähernd auf Vorjahresniveau bewegte, erhöhte sich der Ausweis an täglich fälligen Einlagen im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 329,4 Mio. EUR.

Das Wertpapiervermögen reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund unterjähriger Veräußerungsmaßnahmen sowie infolge der im Geschäftsjahr 2015 begonnenen Neustrukturierung der Eigenanlagen um 124,8 Mio. EUR. Dabei wurden alle Bestände auch im Jahresabschluss 2015 nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bestände bei den Kreditinstituten entwickelten sich in der Stichtagsbetrachtung im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Während sich die Forderungen um 303,2 Mio. EUR reduzierten, verringerten sich die Verbindlichkeiten um 227,3 Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag betrug das Kernkapital 681,6 Mio. EUR. Dies entspricht einer Kernkapitalquote von 8,4 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 885,1 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 10,9 % und erfüllt damit die Eigenmittelanforderungen nach der seit Anfang des Jahres 2014 geltenden europäischen Kapitalrichtlinie (Capital Requirements Regulation) von 8,0 % deutlich. Es bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Finanzlage

Die bereits in den Vorjahren komfortable Liquiditätslage konnte die Sparkasse Bremen auch im Geschäftsjahr 2015 bewusst aufrechterhalten.

So stellte die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung einen wesentlichen Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft dar. Im Jahresverlauf 2015 lag diese Liquiditätskennzahl mit einem Durchschnittswert von 2,16 und einem Korridor von 2,05 bis 2,41 jederzeit deutlich oberhalb der geforderten gesetzlichen Mindestnorm von 1,0.

Im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung sowie zur Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen überwacht und steuert die Sparkasse Bremen darüber hinaus seit Juli 2014 die Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR), die als kurzfristige Liquiditätskennzahl mit einem Horizont von 30 Tagen unter Stressbedingungen hochliquide Aktiva in das Verhältnis zu Liquiditätsabflüssen abzüglich Liquiditätszuflüssen setzt. Die nach Abschluss der Beobachtungsphase seit Oktober 2015 verbindlich

zu ermittelnde Kennzahl lag im Jahresdurchschnitt jederzeit über dem aufsichtsrechtlichen Schwellenwert.

Durch das laufende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank hat die Sparkasse Bremen die Mindestreservevorschriften im Berichtsjahr durchgängig erfüllt.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrug zum Bilanzstichtag 1,6 Mrd. EUR.

Die Sparkasse Bremen bedient sich zur Refinanzierung und zur Steuerung der Liquidität – neben dem Geschäft mit Spareinlagen – primär der Instrumente des Geldmarktes sowie der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Pfandbriefen.

Mit dieser komfortablen Liquiditätslage sowie den umfassenden Maßnahmen zum Management und zur Steuerung der Liquidität stellt die Sparkasse Bremen auch künftig die Zahlungsbereitschaft und die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen sicher.

Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse Bremen war auch im Geschäftsjahr 2015 wesentlich durch die Herausforderungen der anhaltenden Niedrigzinsphase geprägt. Positiv wirkten insbesondere die trotz der schwierigen Rahmenbedingungen erzielte Steigerung des Zinsüberschusses, eine erneute Reduzierung des Sachaufwandes als Folge stetiger Kostenoptimierungsmaßnahmen, positive Ergebnis-

beiträge aus der Optimierung des Beteiligungsportfolios sowie die Verbesserung des Bewertungsergebnisses insbesondere im Kreditbereich. Kompensierend wirkten im Wesentlichen Belastungen im Personalaufwand im Zusammenhang mit umfangreichen Vorruhestandsvereinbarungen.

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER GUV-POSITIONEN:

	in Mio. €		Veränderung	
	2015	2014	absolut	in %
Zinsüberschuss ¹	236,8	221,8	15,0	6,8%
Provisionsüberschuss	57,5	58,8	-1,3	-2,2%
Verwaltungsaufwand	216,7	185,3	31,4	16,9%
Personalaufwand	130,3	98,1	32,2	32,8%
Sachaufwand ²	86,4	87,2	-0,8	-0,9%
Nettoergebnis des Handelsbestands	-2,1	-5,3	3,2	-60,4%
sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen	-22,7	-31,9	9,2	-28,8%
Ergebnis vor Bewertung	52,8	58,1	-5,3	-9,1%
Bewertungsergebnis ³	0,8	-40,1	40,9	-102,0%
Verlustübernahme Beteiligungen	8,2	3,1	5,1	164,5%
Ergebnis nach Bewertung	45,4	14,9	30,5	204,7%
Außerordentliches Ergebnis	-5,1	-5,1	-	0,0%
Gewinnabhängige Steuern ⁴	-14,1	25,6	-39,7	-155,1%
sonstige Steuern	-0,5	-0,6	0,1	-16,7%
Jahresergebnis	25,7	34,8	-9,1	-26,1%
Dividende	1,9	1,1	0,8	72,7%
Rücklagenzuführung	23,8	33,7	-9,9	-29,4%

¹ einschließlich GuV-Positionen 3 und 4

² einschließlich Abschreibungen

³ einschließlich Veränderungen der Vorsorgereserve

⁴ einschließlich latente Steuern

Der Zinsüberschuss der Sparkasse Bremen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 15,0 Mio. EUR auf 236,8 Mio. EUR. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die insbesondere im Kundengeschäft aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus deutlich reduzierten Zinsaufwendungen. Während sich die in den Zinsüberschuss einfließenden Erträge um 17,3 Mio. EUR auf 352,7 Mio. EUR verringerten, verzeichnete die Sparkasse Bremen beim Zinsaufwand einen Rückgang um 32,4 Mio. EUR auf 115,9 Mio. EUR. Insgesamt liegt das Zinsergebnis damit deutlich über den Erwartungen.

Entsprechend den Vorgaben des IDW RS BFA 3 hat die Sparkasse Bremen die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches durchgeführt und mit einem positiven Ergebnis die Werthaltigkeit ihres Bankbuches festgestellt.

Im Provisionsgeschäft konnte die Sparkasse Bremen positive Entwicklungen insbesondere im Wertpapiergeschäft im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung Bremen Kapital und im Avalgeschäft verzeichnen. Rückläufig entwickelten sich dagegen insbesondere die Provisionen im Bauspargeschäft, im Wesentlichen als Folge von Sondereffekten aus der Neuordnung der Vertriebsaktivitäten sowie einer aufgrund des Zinsniveaus unter den Erwartungen liegenden Geschäftsentwicklung. Insgesamt reduzierte sich der Provisionsüberschuss im Vergleich zum Vorjahr um 1,3 Mio. EUR auf 57,5 Mio. EUR und liegt damit auch unterhalb des prognostizierten Wertes.

Ursächlich für das im Vorjahresvergleich verbesserte, jedoch weiterhin negative Nettoergebnis aus Handelsgeschäften sind insbesondere Belastungen im Devisenbereich aufgrund der im Geschäftsjahr 2015 aufgetretenen erheblichen Verwerfungen am Währungsmarkt. Darüber hinaus belasteten Aufwendungen aus dem Eigenhandel mit festverzinslichen Wertpapieren die Ergebnisentwicklung.

Die Entwicklung des Personalaufwandes ist mit Belastungen in Höhe von 33,8 Mio. EUR weitgehend geprägt durch den außerordentlichen Effekt umfangreicher, sozial verträglich gestalteter Vorruhestandsvereinbarungen und den daraus resultierenden Rückstellungserfordernissen. Diesen Belastungen stehen in den Folgejahren korrespondierend zur Laufzeit der Vorruhestandsvereinbarungen jedoch Aufwandsentlastungen gegenüber. Bereinigt um diesen Einmaleffekt, reduzierte sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. EUR auf 96,5 Mio. EUR und liegt damit auf Planniveau.

Den Sachaufwand konnte die Sparkasse Bremen gegenüber dem Vorjahr erneut leicht reduzieren. Mit 86,4 Mio. EUR liegt er damit auch unter dem prognostizierten Wert. Ursächlich hierfür sind neben stetigen Aktivitäten zur Prozess- und Kostenoptimierung insbesondere geringer als erwartet eingetretene Belastungen aus der EU-Einlagensicherung und dem Beitrag zum EU-weiten Restrukturierungsfonds.

Das um 9,2 Mio. EUR verbesserte sonstige ordentliche Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem Wegfall der im Vorjahr enthaltenen Aufwendungen zur Barmittelauffüllung des Stützungsfonds.

Die Cost Income Ratio, die als Kennziffer aus den Ertragsgrößen und dem Verwaltungsaufwand ermittelt wird, liegt für das abgelaufene Geschäftsjahr bei 83,2 %. Unter Berücksichtigung des bereinigten Sondereffektes aus den Belastungen der umfangreichen Vorruhestandsvereinbarungen verbessert sich die Cost Income Ratio – im Wesentlichen als Folge des deutlich gestiegenen Zinsüberschusses – im Vergleich zum Vorjahr jedoch um 7,8 % - Punkte auf 72,4 % und entwickelt sich damit besser als erwartet.

Das Bewertungsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Für den Kreditbereich hatte die Sparkasse Bremen auf Basis konservativer Annahmen einen im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Risikovorsorgebedarf prognostiziert. Aufgrund der unterjährig stabilen konjunkturellen Entwicklung einhergehend mit wenigen Kreditausfällen reduzierte sich der Risikovorsorgebedarf im Vergleich zum Vorjahr jedoch deutlich. Daneben wirkte sich das Bewertungsergebnis Wertpapiere und Beteiligungen durch die im Rahmen der Maßnahmen zur Optimierung des Beteiligungsportfolios vereinnahmten Ergebnisbeiträge positiv aus.

Die gewinnabhängigen Steuern waren im Vorjahr überwiegend durch die Erträge aus der erstmalig erfolgten Aktivierung latenter Steuern geprägt.

Der Jahresüberschuss verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 9,1 Mio. EUR auf 25,7 Mio. EUR, liegt damit jedoch über dem für das Geschäftsjahr 2015 prognostizierten Wert. Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern erhöht sich dennoch auf 6,3 % (Vorjahr: 1,5 %), im Wesentlichen als Folge der im Vorjahr erstmalig erfolgten Aktivierung latenter Steuern. Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG als Quotient aus Jahresergebnis und Bilanzsumme beträgt 0,23 %.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Entwicklung

Die anhaltende Niedrigzinsphase, ein weiterhin hoher Wettbewerbsdruck und weiter steigende gesetzliche und aufsichtsrechtliche Anforderungen haben die Kreditinstitute auch im Jahr 2015 vor erhebliche Herausforderungen gestellt. Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen verlief in der Gesamt-

betrachtung die wirtschaftliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im vergangenen Geschäftsjahr noch im Rahmen der Erwartungen. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2015 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

Risikobericht

Unternehmensstrategie und Geschäftstätigkeit der Sparkasse Bremen sind unabdingbar mit dem bewussten Eingehen von Risiken verbunden. Eine nachhaltig erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie setzt daher ein erfolgreiches Risikomanagement voraus. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich somit unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Risiken ergeben sich aus unerwarteten nachteiligen bzw. negativen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die Risikoübernahme und -steuerung dient somit der langfristigen Sicherung des Unternehmens und erfolgt daher grundsätzlich unter Beachtung folgender Aspekte: Es muss auf der einen Seite für die Übernahme der Risiken ausreichendes Risikodeckungskapital vorhanden und auf der anderen Seite ein angemessener Ertrag zu erwarten sein. Darüber hinaus ist die Erfüllung

der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen.

Das Risikomanagementsystem der Sparkasse Bremen regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es erfüllt die organisatorischen Anforderungen des § 25a KWG und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Das implementierte Risikomanagementsystem erfüllt darüber hinaus die Vorschrift des § 91 Abs. 2 AktG, wonach der Vorstand geeignete Maßnahmen zu treffen und insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten hat, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Sparkasse Bremen gefährden, früh erkannt werden. Das Überwachungssystem im Sinne des § 91 Abs. 2 AktG ist auf die Früherkennung bestandsgefährdender Entwicklungen und damit auf einen wichtigen Teilaspekt des Risikomanagements ausgerichtet.

Risikomanagement

Ziel des Risikomanagements

Die grundsätzliche Zielsetzung des Risikomanagements ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Risikomanagement der Sparkasse Bremen ist integraler Bestandteil der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung. Die aus dem Geschäftsmodell der Sparkasse Bremen resultierenden Aktivitäten erfordern die Fähigkeit zur Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung sowie die Kommunikation der Risiken. Dabei ist die adäquate Unterlegung der Risiken mit Eigenkapital notwendige Bedingung für die Geschäftstätigkeit der Bank. Der Gesamtbanksteuerungs- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen orientiert sich daher an den Erfordernissen des Geschäftsmodells.

Um diese Grundsätze sicherzustellen, hat der Gesamtvorstand für die Übernahme und den Umgang mit Risiken eine Risikostrategie für die wesentlichen Risiken festgelegt. Sie wird einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert. Die Risikostrategie einschließlich ihrer Teilrisikostrategien baut auf der Unternehmensstrategie auf und umfasst die wesentlichen risikotragenden Geschäftsaktivitäten, die Ziele der Risikosteuerung einschließlich der Vorgaben zur Akzeptanz und Vermeidung von Risiken sowie die Maßnahmen zur Zielerreichung. Zu Einzelheiten im Zusammenhang mit den im Rahmen der Maßnahmen zur Zielerreichung eingegangenen Sicherungsbeziehungen verweisen wir auf die entsprechenden Darstellungen im Anhang.

Im Rahmen eines standardisierten Prozesses werden vor Einführung neuer Produkte bzw. vor Geschäftsabschlüssen in neuen Märkten mögliche Risiken analysiert und bewertet. Der Prozess stellt die Einbeziehung der Funktionen Risikocontrolling, Compliance und Revision in die Beschlussfassung sicher.

Zuständigkeiten

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken. Unterstützt wird er dabei durch den Ausschuss Gesamtbanksteuerung, der die Risiken steuert und Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben zur Strategie, zur Risikodeckungsmasse und zu den Risikolimits auf Basis der Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung vorbereitet.

In Übereinstimmung mit den Anforderungen des § 25d KWG hat der Aufsichtsrat der Sparkasse Bremen einen Kredit- und Risikoausschuss sowie einen Präsidialausschuss bestimmt. Die Aufgaben des Kredit- und Risikoausschusses entsprechen den in § 25d Abs. 8 KWG genannten, während der Präsidialausschuss unter anderem die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungs-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses im Sinne des § 25d Abs. 9, 11 und 12 KWG wahrnimmt.

Darüber hinaus bedarf der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats zum Erwerb, zur Veräußerung und Belastung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zu Kapitalmaßnahmen in Verbindung mit Beteiligungen, soweit der bilanzielle Zu- oder Abgang im Einzelfall 3 % der anrechenbaren Eigenmittel der Sparkasse Bremen übersteigt, zu wesentlichen Kredit- und Beteiligungsfragen, zur Errichtung, Verlegung und Schließung von Zweigniederlassungen, für Entscheidungen oder Maßnahmen, die geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse Bremen grundlegend zu verändern, zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder anderen Haftungen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs sowie zum Abschluss, zur Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen.

Die Sparkasse Bremen hat eine Risikocontrolling-Funktion eingerichtet, die aufbauorganisatorisch von den Bereichen getrennt ist, die für die Initiierung bzw. den Abschluss von Geschäften zuständig sind. Die Risikocontrolling-Funktion hat dabei insbesondere die Aufgabe, die Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung des Systems zur Begrenzung der Risiken bzw. der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse zu unterstützen. Sie stellt die laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts, der Risikotragfähigkeit und der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits einschließlich der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand sicher und verantwortet die Prozesse zur unverzüglichen internen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen.

Die Risikomanagementprozesse werden in der Sparkasse Bremen durch das Controlling bzw. die Einheit Kreditmanagement verantwortet, die beide dem Überwachungsvorstand unterstehen. Ihnen obliegt die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen.

Risikoreporting

Kernelemente der Risikoberichterstattung sind der vierteljährliche Kreditrisikobericht sowie der Risikobericht. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten und zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten wird im Risikobericht täglich sowie in seiner vierteljährlichen Gesamtfassung über die Entwicklung aller wesentlichen Risiken an den Gesamtvorstand bzw. die zuständigen Ausschüsse berichtet. Darüber hinaus erfolgt monatlich in einer Kurzfassung die Berichterstattung über die Entwicklung des Marktpreis- und Liquiditätsrisikos. In der Risikoberichterstattung werden steuerungsrelevante Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale und deren Auslastung durch Risiken, zur Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst. Dies ermöglicht eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung und unterstützt die Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen in den Unternehmensbereichen.

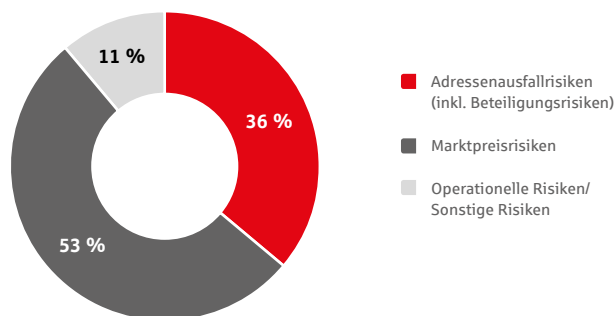
Im Rahmen der Berichterstattung informiert die Sparkasse Bremen auf Grundlage von Schwellenwertbetrachtungen frühzeitig über unerwartete Entwicklungen. Die Basis hierfür stellt ein gemäß MaRisk für alle wesentlichen Risikoarten eingerichtetes Frühwarnsystem.

Risikocontrolling

Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement gewährleistet auf Basis eines ökonomischen Steuerungskreises (gone-concern-Sicht) sowie eines GuV-orientierten Steuerungskreises (going-concern-Sicht), dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gegeben ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

Die regelmäßige Risikomessung wird um die laufende und anlassbezogene Analyse einzelner Stresstests, inverser Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken ergänzt, die eine bessere Einschätzung der denkbaren Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen ermöglichen. Mit Hilfe dieser Stresstests kann damit auf Gesamtbank- und Teilportfolioebene bereits frühzeitig die Notwendigkeit zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen ermittelt werden.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN ZUM 31.12.2015



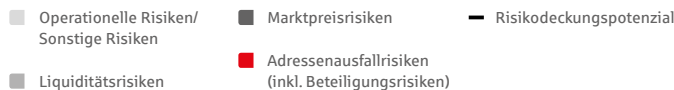
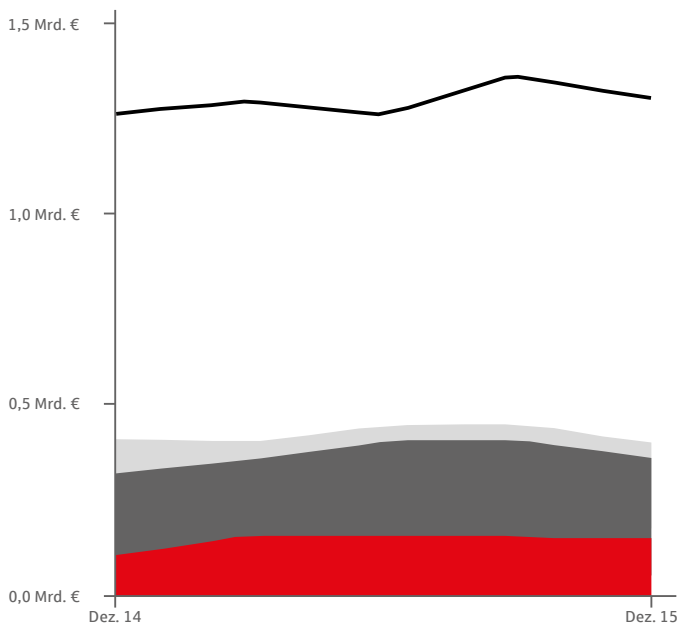
Eine Bestandsaufnahme aktuell bestehender Risiken sowie potenzieller Risiken aus künftigen Entwicklungen, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch eine jährliche Risikoinventur erkannt und durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet. Im Rahmen einer Wesentlichkeitsanalyse werden auch die Risiken der Unternehmen im aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis der Sparkasse Bremen-Gruppe untersucht und die als wesentlich identifizierten Risiken in die Messung der Risikotragfähigkeit auf Gruppenebene einbezogen. Aktuell entfallen rund 97 % des Gesamtrisikos auf Gruppenebene auf die Sparkasse Bremen. Die folgenden Darstellungen beziehen sich daher auf die Sparkasse Bremen.

Derzeit werden im Risikomanagement fünf Arten von wesentlichen Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit identifiziert. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko und Länderrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko, Risiken impliziter Optionen im Kundengeschäft und Credit-Spread-Risiko), das Liquiditätsrisiko, die operationellen Risiken sowie das Eigenkapitalrisiko. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponenten in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

Für Modellrisiken, die nach MaRisk keine explizite Risikoart sind, besteht die Anforderung, sich regelmäßig kritisch mit den Risikoquantifizierungsverfahren auseinanderzusetzen. Die Grenzen der angewandten Risikoquantifizierungsverfahren werden jährlich im Rahmen des Validierungsprozesses der Methoden und Verfahren analysiert.

Neben der turnusmäßigen Überprüfung der Limits wurden ergänzende Analysen ausgewählter Portfolios und Positionen durch anlassbezogene Stresstests im Hinblick auf höhere Eigenmittelanforderungen durchgeführt. Bei identifizierten Handlungsnotwendigkeiten wurden darauf aufbauend entsprechende Handlungsstrategien festgelegt.

IST-RISIKEN



Darüber hinaus werden auch die Identifizierung und Steuerung von Risikokonzentrationen in den Risikomanagementprozess und das Risikoreporting einbezogen.

Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2015 in beiden Steuerungskreisen zu jeder Zeit gegeben, was auch die Ergebnisse zu einzelnen Stresstests auf Gesamtbankebene vollständig einschließt. Auch die regulatorischen Anforderungen an die Risikotragfähigkeit wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Das zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial ist darüber hinaus im Verlauf des Jahres 2015 leicht angestiegen.

Die Summe aller barwertigen Risiken lag im Jahresdurchschnitt deutlich unterhalb des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials.

Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva, der Risiken aus Marktrisikopositionen und des Anrechnungsbetrags für operationelle Risiken überschritt per 31. Dezember 2015 mit einer Gesamtkennziffer von 10,9 %, wie in den Vorjahren, deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 %.

Anforderungen gemäß § 27 PfandBG

Das Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft ist in das Gesamtkonzept integriert und erfüllt die sich aus § 27 PfandBG ergebenden Anforderungen. Das sich aus dem Deckungsstock ergebende Marktrisiko wird mittels der Anwendung TXSUITE ermittelt. Auf Basis der barwertigen Deckungsrechnung werden zur Quantifizierung des Marktrisikos standardisierte Zinsschocks gemäß PfandBarwertV auf den Barwert des Deckungsstocks ermittelt. Die Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken werden in das Risikolimitsystem auf Gesamtbankebene einbezogen.

Zur Sicherung der Liquidität für die nächsten 180 Tage gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG erfolgt ein täglicher Abgleich der fällig werdenden Forderungen, die in den Deckungsstock eingetragen sind, und den fällig werdenden Verbindlichkeiten aus ausstehenden Pfandbriefen.

Die Entwicklung des Deckungsstocks wird vierteljährlich im Rahmen des Risikoberichtes an den Ausschuss Gesamtbanksteuerung, dem alle Vorstandsmitglieder angehören, und den Ausschuss Treasury berichtet. Darüber hinaus ist im Rahmen der täglichen Überwachung ein Ad-Hoc-Meldeverfahren für den Fall negativer Entwicklungen implementiert.

Die internen Vorschriften hinsichtlich der Aufnahme neuer Produkte berücksichtigen neben den Anforderungen aus den MaRisk auch die Anforderungen, die sich aus § 27 PfandBG ergeben.

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit gemäß § 19 Abs. 1 KWG aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von CreditPortfolioView (CPV) ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankebene bei einem gegebenen Konfidenzniveau von 99,9 % eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein methodisch zur Messung der Marktpreisrisiken passender Messansatz gegeben.

Die bisher für das Adressenausfallrisiko durchgeführten Analysen zur Beurteilung des Konzentrationsrisikos zeigen – gemessen am Konzentrations-Aufschlag auf den Value at Risk (im Mittel etwa 11,5 %) – keine bedeutsamen Auffälligkeiten. Gestützt wird die Erkenntnis durch die quartalsweisen Entwicklungen im Value at Risk auf Verbundebene, der mit dem innerhalb der S-Finanzgruppe entwickelten Portfoliomodell ermittelt wird und Klumpenrisiken berücksichtigt.

Die Übernahme von und der Umgang mit Adressenausfallrisiken ist in der Kreditrisikostategie mit ihren strategischen und geschäftspolitischen Zielsetzungen und Limitierungen geregelt. Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft sind in Organisationsrichtlinien festgelegt und wurden in Form elektronischer arbeitsregelnder Unterlagen den Geschäftsbereichen zur Verfügung gestellt.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen wird das Kreditgeschäft unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement sowie im Ausschuss Kreditrisikosteuerung gesteuert und überwacht.

Die Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Primäre Adressaten des Berichtes sind neben der Geschäftsleitung und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung der Kredit- und Risikoausschuss des Aufsichtsrats.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen für Firmen- und Privatkunden sowie für Handelspartner unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Ferner werden im Handelsgeschäft zusätzlich externe Ratings verwendet. Damit stehen für das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie für das Handelsgeschäft geeignete Instrumente zur Risikoklassifizierung zur Verfügung. Dabei wird mit einer Ratingquote von ca. 98,7 % bei den Firmenkunden bzw.

ca. 99,9 % bei den Privatkunden fast das gesamte Kundenkreditvolumen von dem Risikobewertungssystem erfasst. Dabei lagen ca. 68,5 % der Ratings im Privat- und Firmenkundengeschäft im Bereich des Investment Grades (Ratingnoten von 1 bis 5).

Das Kundenkreditportfolio der Sparkasse Bremen wird im Schwerpunkt durch das Firmenkundengeschäft geprägt. So beträgt der Anteil rund 70 % des Gesamtkundenportfolios von ca. 11,5 Mrd. EUR. Die Branchenstruktur im Firmenkundengeschäft wird durch das Dienstleistungsgewerbe (u.a. Grundstücks- und Wohnungswesen) geprägt.

Die Entscheidungsbefugnisse bei einer Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft geregelt. So werden Kreditentscheidungen risikoabhängig stets auf adäquater Kompetenzebene sowie auf Grundlage von detaillierten Risikobeurteilungen des Marktes getroffen. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risikobewertung durch ein vom Markt unabhängiges Votum erforderlich. Nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Kredit- und Risikoausschusses des Aufsichtsrats.

Zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kredit- und Handelsgeschäft nutzt die Sparkasse Bremen Frühwarnsysteme, die unter Berücksichtigung von Marktentwicklungen weiterentwickelt werden.

Für die Begleitung der durch das Risikofrüherkennungssystem identifizierten Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftigen Kreditengagements (Sanierung) sowie für Problemkreditfälle (Abwicklung) werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement eingesetzt.

Für erkennbare akute und latente Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge durch Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung werden die werthaltigen Sicherheiten der Inanspruchnahme gegenübergestellt. Der nicht durch Sicherheiten gedeckte Teil der Inanspruchnahme wird wertberichtigt. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Verantwortung hierfür liegt in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement.

Die Beteiligungsrisiken werden als besondere Ausprägung der Adressenausfallrisiken über einen eigenen Ansatz behandelt und mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichts wesens überwacht und gesteuert.

Die Sparkasse Bremen hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: „Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2015 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.“

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen und Aktienkursen. Das Fremdwährungsrisiko im Sinne eines Kurswährungsrisikos wird dabei ebenso wie die Credit-Spread-Risiken als wesentliche Risikokomponente der Marktpreisrisiken quantifiziert und in den Risikomanagementprozess integriert. Das Optionsrisiko ist dem jeweiligen Underlying entsprechend einem dieser Risiken zugeordnet.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden durch den Vorstand Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird arbeitstäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verlustrisiken werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Verfahren (VaR) gemessen wird. Dabei setzt die Sparkasse Bremen den Varianz-Kovarianz-Ansatz um, der durch RiskMetrics (JP Morgan) entwickelt wurde. Dieses Verfahren ermöglicht es, für komplexe Portfolios eine Vergleichsgröße zu gewinnen, da es die zwischen Marktparametern bestehenden Abhängigkeiten berücksichtigt. Die technische Umsetzung erfolgt durch die Softwareanwendung SimCorp Dimension der Firma SimCorp GmbH.

Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Handelstage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2015 unterhalb des vorgegebenen Risikolimits und ist im Jahresvergleich gesunken. Die Risikoreduktion resultiert aus angepassten Parametern der Risikomessung sowie der Integration der Pensionsrückstellungen in das strategische Zinsbuch.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand und weitere wesentliche Portfolien täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im Rückblick auf das Jahr 2015 den Schluss zu, dass das verwendete Modell angemessen ist.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stress-tests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Das Zinsänderungsrisiko als Unterart des Marktpreisrisikos beschreibt die Gefahr einer von Marktzinsänderungen herbeigeführten negativen Abweichung von einer erwarteten Zinsergebnisgröße und wird aufgrund seiner Bedeutung für die Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Dabei legt der Anlageausschuss die hausinterne Zinsprognose fest. Im Ausschuss Treasury werden sowohl hausindividuelle Refinanzierungsaufschläge als auch Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limits festgelegt.

Als weitere Unterart des Marktpreisrisikos werden die Risiken aus impliziten Optionen im Kundengeschäft betrachtet. Diese treten bei Festzins-Vereinbarungen auf, bei denen der Kunde das Recht hat, bestimmte Volumina zu vorgegebenen Zeitpunkten oder Intervallen zu kündigen. Das daraus resultierende Risiko ist in das strategische Zinsbuch integriert. Dort erfolgt die Risikoermittlung und -steuerung.

Bei der Zinsbuchausrichtung verfolgt die Sparkasse Bremen eine aktive Steuerung. Dabei wird das Zinsbuch durch den Ausschuss Treasury entsprechend der aktuellen Zinsmeinung und innerhalb aufsichtsrechtlicher Vorgaben sowie intern gesetzter Limits gesteuert.

Das Zinsänderungsrisiko wird nach dem VaR-Konzept auf Basis der modernen historischen Simulation gemessen. Zusätzlich wird eine Messung der Barwertveränderungen unter einer simulierten Ad-Hoc-Verschiebung der Zinsstrukturkurve um +/- 200 Basispunkte nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (Baseler Zinsschock Szenario gemäß BaFin-Rundscheiben 11/2011) durchgeführt. Zum Jahresende lag die Auslastung bei 16,8 % und damit unterhalb der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20 %, wobei das Zinsschockszenario -200 Basispunkte das relevante Risikoszenario darstellte.



Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die Sparkasse Bremen zum einen die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Zum anderen ist auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko gemeint. Dieses bezeichnet die Gefahr, dass aus der Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve aus der Liquiditätsfristentransformation innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ein Verlust entsteht.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert. Seit Juli 2014 wird die Einhaltung der Liquidity Coverage Ratio (LCR), die als kurzfristige Liquiditätskennzahl mit einem Horizont von 30 Tagen unter Stressbedingungen hochliquide Aktiva in das Verhältnis zu Liquiditätsabflüssen abzüglich Liquiditätszuflüssen setzt, überwacht und gesteuert.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity at Risk berechnet, dem eine dispositive Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenübergestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Refinanzierungsstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mitbehandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert

werden. Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert. Ergänzend dazu wird mit der monatlichen Liquiditätsübersicht in Form einer Liquiditätsablaufbilanz eine Analyse bereitgestellt, in der die erwarteten voraussichtlichen Mittelzuflüsse den erwarteten voraussichtlichen Mittelabflüssen gegenübergestellt werden, um mögliche Liquiditätsbedarfe zu identifizieren.

Des Weiteren erfüllt die bestehende Notfallplanung neben einer effizienten Steuerung des Liquiditätsrisikos in schwierigen Marktsituationen auch die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein Frühwarnsystem für die tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos. Zudem findet das Liquiditätsrisiko im Rahmen der regelmäßig durchzuführenden Stresstests Berücksichtigung. Zur Analyse des strukturellen Liquiditätsrisikos wurde im Geschäftsjahr 2015 die Palette der Stresstests um einen Stresstest „Pricing“ erweitert.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag im Jahr 2015 regelmäßig über der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt die stabile Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wider. Zum Jahresende 2015 lag diese bei 2,06 (Vorjahr 2,09). Auch die nach Abschluss der Beobachtungsphase seit Oktober 2015 verbindlich zu ermittelnde LCR-Kennziffer lag im Jahresdurchschnitt jederzeit über dem aufsichtsrechtlichen Schwellenwert.

Gemäß der Refinanzierungsstrategie bedient sich die Sparkasse Bremen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos neben den Kundeneinlagen der Instrumente des Geldmarktes, der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Pfandbriefen.

Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken bezeichnet die Sparkasse Bremen die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur. Darüber hinaus verwendet die Sparkasse Bremen zur rechtzeitigen Identifikation operationeller Risiken ein indikatorbasiertes Frühwarnsystem. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und IT-Funktionen existiert darüber hinaus eine zentrale Dienstleistersteuerung innerhalb der Einheit Organisation. Diese führt für alle unter den Regelungsumfang des § 25b KWG fallenden Auslagerungen eine regelmäßige Leistungsüberwachung im Rahmen einer vierteljährlichen Auslagerungsbeurteilung durch. Darüber hinaus werden diese Dienstleister in die OpRisk-Risikoinventur und in das Frühwarnsystem integriert.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt in der Risikoinventur anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien und qualitativer Fragen.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen im Jahr 2015, wie auch schon in den Vorjahren, signifikant unterhalb des zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit nach dem Basisindikatoransatz berechneten Betrages. Die Gesamtsumme der Schadenfälle ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen waren als Ergebnis der Risikoinventur auch 2015 keine den Bestand gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar.

Eigenkapitalrisiko

Unter dem Eigenkapitalrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr, dass in absehbarer Zukunft die aus dem Geschäftsumfang und den damit verbundenen Risiken entstehenden Eigenmittelanforderungen nicht durch ausreichende Eigenmittel gedeckt werden können.

Die Steuerung des Eigenkapitalrisikos nach den Anforderungen der MaRisk erfolgt über einen Kapitalplanungsprozess, der sowohl quantitativ als auch qualitativ die zukünftige Unterlegung der Eigenmittelanforderungen ermittelt und mögliche Steuerungsnotwendigkeiten aufzeigt.

Zusammenfassende Aussage der Risikolage

Die Steuerung der Gesamtrisiken erfolgt bei der Sparkasse Bremen in einem dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte angemessenen Umfang. Risiken der künftigen Entwicklung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden diese über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicherzustellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden.

Die durchgeführten Notfalltests sowie die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

Die zentrale Stelle für Prävention im Rahmen der KWG-rechtlichen Anforderungen wird durch das zentrale OpRisk-Controlling der Einheit Gesamtbanksteuerung unterstützt.

Die Messung der Eigenmittelanforderungen sowie der Eigenmittel erfolgt auf Basis standardisierter Prozesse des Meldewesens. Hierauf aufbauend werden Simulationsrechnungen durchgeführt, um den zukünftigen Eigenmittelbedarf abzuschätzen.

Die Steuerung der Eigenmittelausstattung wird durch den Ausschuss Gesamtbanksteuerung unter Berücksichtigung interner Zielgrößen und aufsichtsrechtlicher Anforderungen gewährleistet. Die Steuerungsentscheidungen werden durch den Ausschuss Treasury (Eigenmittelsteuerung) sowie den Ausschuss Kreditrisikosteuerung (Eigenmittelanforderungen) umgesetzt bzw. koordiniert.

haben können und für die Sparkasse Bremen bestandsgefährdend sein könnten, sind nicht erkennbar, so dass auch zukünftig die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist.

Prognose- und Chancenbericht

Im Folgenden berichtet die Sparkasse Bremen über die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2016. Der Prognosezeitraum umfasst ein Jahr. Die Prognose beruht auf aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die operative Planung, die mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse – insbesondere in Zeiten höchst volatiler Rahmenbedingungen – mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Die Sparkasse Bremen sieht sich in den nächsten Jahren weiterhin in einem Niedrigzinsumfeld bei moderatem Wirtschaftswachstum. Die steigenden Anforderungen aus der Regulierung erfordern weiterhin eine optimale Bewirtschaftung des Eigenkapitals und erhöhen den Renditeanspruch an kapitalintensive Geschäfte.

Wachstumspotenzial sieht die Sparkasse Bremen insbesondere im Kreditgeschäft. Schwerpunkte liegen dabei in der privaten und gewerblichen Wohnungsbaufinanzierung sowie im Firmenkundengeschäft. Hier kann die Sparkasse Bremen ihren Wettbewerbsvorteil aufgrund der regionalen Nähe und der hohen Branchenexpertise nutzen. Die Intensivierung der Vertriebsaktivitäten wird im Geschäftsjahr 2016 zu einem spürbaren Ausbau der Bestände im Privat- und Firmenkundengeschäft bei konstanter Entwicklung der Margen führen.

Für den Passivbereich erwartet die Sparkasse Bremen trotz niedriger Zinsen eine stabile Entwicklung des Kundengeschäftsvolumens. Die anhaltend niedrigen Marktzinsen werden allerdings zu einem weiteren moderaten Rückgang der Margen führen.

Insgesamt rechnet die Sparkasse Bremen mit einem stabilen Zinsüberschuss auf Vorjahresniveau.

Beim Provisionsüberschuss plant die Sparkasse Bremen nach der durch Sondereffekte geprägten Entwicklung des Jahres 2015 insgesamt einen leichten Anstieg und damit eine Rückkehr auf das Niveau der Vorjahre. Das geplante Wachstum entsteht dabei insbesondere durch eine moderate Steigerung der Wertpapierprovisionen aufgrund des vorgesehenen Ausbaus der sparkasseneigenen Vermögensverwaltung BremenKapital sowie durch einen leichten Anstieg der Provisionen aus dem Kreditgeschäft. Darüber hinaus erwartet die Sparkasse Bremen einen spürbaren Anstieg der Provisionen aus der Vermittlung von Konsumentenkrediten. Im Giroverkehr wird von einer stabilen Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr ausgegangen. Dem steht ein spürbarer Rückgang der Erträge aus dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft aufgrund der aktuell erwarteten verhaltenen Marktentwicklung gegenüber.

In ihren Planungen berücksichtigt die Sparkasse Bremen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Basel III. So stellen die geplanten Zuführungen zu den Eigenmitteln trotz steigender aufsichtsrechtlicher Mindestkapitalanforderungen weiterhin eine ausreichende Kapitalausstattung der Sparkasse Bremen sicher. Ebenso werden die geforderten Liquiditätskennziffern gemäß der Planung durchgängig über den festgelegten Mindestwerten liegen. So ist auch die Planung des Eigengeschäfts der Sparkasse Bremen primär auf die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Kennzahlen und die Bereitstellung ausreichender Liquidität ausgerichtet. Dabei wird die Sparkasse Bremen bei ihren Anlagen weiterhin auf eine ausgewogene Risikostruktur achten. Die Planung sieht darüber hinaus einen sukzessiven Abbau des Investmentfondsportfolios im Jahresverlauf vor.

Beim Verwaltungsaufwand geht die Sparkasse Bremen nach einem von Einmalaufwendungen infolge umfangreicher Vorruhestandsvereinbarungen geprägten Geschäftsjahr 2015 von einer deutlichen Entlastung der Personalaufwendungen und einer im Vergleich zum Vorjahr konstanten Entwicklung der übrigen Verwaltungsaufwendungen aus. Die Cost-Income-Ratio wird sich im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015 voraussichtlich erneut leicht verbessern.

Aus dem Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich sind nach Einschätzung der Sparkasse Bremen im Geschäftsjahr 2016 deutlich höhere Belastungen aufgrund planmäßig vorzunehmender Abschreibungen im Anlagebuch zu erwarten. Für das Kundenkreditgeschäft hat die Sparkasse Bremen in ihrer Planung für das Geschäftsjahr 2016 unter konservativer Betrachtung einen im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Planansatz für die Kreditrisikovor-sorge vorgesehen.

Beim Gesamtergebnis erwartet die Sparkasse Bremen basierend auf den vorgenannten Entwicklungen und den erwarteten makroökonomischen Rahmenbedingungen ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität bezogen auf das Betriebsergebnis vor Steuern wird sich ebenfalls stabil entwickeln.

Zur Erreichung ihrer strategischen Ziele ist die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeber ein wesentlicher Erfolgsfaktor. In diesem Zusammenhang investiert die Sparkasse Bremen in die langfristige Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements sowie in die Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch den Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder.

Darüber hinaus plant die Sparkasse Bremen im Rahmen der Personalentwicklung die schwerpunktmäßige Weiterentwicklung der Nachfolgeplanung für Führungspositionen sowie die zukunftsorientierte Anpassung und bedarfsgerechtere Ausrichtung der vor zwei Jahren eingeführten und inzwischen etablierten „Förderpolicy“.

Durch diese Maßnahmen strebt die Sparkasse Bremen im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Great Place to Work“ dauerhaft die Auszeichnung als Bester Arbeitgeber in Bremen und Niedersachsen sowie eine erneute Platzierung unter den Top 20 der besten Arbeitgeber in Deutschland an.

Über die erwarteten Entwicklungen hinaus entstehen mögliche zusätzliche Chancen, sofern sich insbesondere die von der Sparkasse Bremen im Rahmen des Strategieprozesses festgelegten Maßnahmen zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisverbesserung sowie die vorgesehenen Kosten- und Prozessoptimierungen besser als erwartet auswirken. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Im Rahmen ihrer regelmäßigen Risikoinventur unterzieht die Sparkasse Bremen ihre Planrechnungen einer Risikoanalyse mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Auswirkungen möglicher Risikoszenarien zu quantifizieren. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellt sie darüber hinaus eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Die Sparkasse Bremen stabilisiert dadurch die Aussagekraft ihrer prognostizierten Daten.

Bremen, im März 2016
Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Jahresabschluss

Jahresbilanz ZUM 31. DEZEMBER 2015

AKTIVSEITE	€	€	€	€	VORJAHR T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			65.563.783,32		60.155
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			<u>32.883.236,00</u>		48.706
				98.447.019,32	108.861
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			-,-		-
b) Wechsel			<u>-,-</u>		-
				-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			97.231.322,48		126.875
b) andere Forderungen			<u>271.108.070,09</u>		544.578
				368.339.392,57	671.453
4. Forderungen an Kunden				8.762.813.147,72	8.200.919
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	3.521.938.833,77				3.392.636
Kommalkredite	136.249.375,52				119.607
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			-,-		-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-				-
ab) von anderen Emittenten			<u>-,-</u>	-,-	-
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-				-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		532.292.412,94			306.300
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	532.292.412,94				306.300
bb) von anderen Emittenten		<u>551.767.658,61</u>	1.084.060.071,55		678.670
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	505.414.600,30				639.475
c) eigene Schuldverschreibungen				<u>-,-</u>	-
Nennbetrag	-,-				-
				1.084.060.071,55	984.970
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				426.177.647,31	647.504
6a. Handelsbestand				-,-	2.480
7. Beteiligungen				123.956.342,54	139.534
darunter:					
an Kreditinstituten	2,51				-
an Finanzdienstleistungsinstituten	3.929.833,63				3.930
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				36.020.256,90	38.697
darunter:					
an Kreditinstituten	13.491.795,36				12.849
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-				-
9. Treuhandvermögen				3.158.894,83	3.431
darunter:					
Treuhandkredite	2.474.402,82				2.746
10. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				-,-	-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			235.134,92		372
c) Geschäfts- oder Firmenwert			-,-		-
d) geleistete Anzahlungen			<u>-,-</u>		-
				235.134,92	372
11. Sachanlagen				67.047.451,48	71.752
12. Sonstige Vermögensgegenstände				47.258.659,51	38.154
13. Rechnungsabgrenzungsposten				2.537.681,34	2.840
14. Aktive latente Steuern				41.786.515,73	41.651
Summe der Aktiva				11.061.838.215,72	10.952.618

PASSIVSEITE	€	€	€	€	VORJAHR T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			144.023.237,85		302.451
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			<u>2.048.958.704,35</u>		2.117.895
				2.192.981.942,20	2.420.346
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.068.471.854,00			2.946.702
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		<u>73.575.403,08</u>	3.142.047.257,08		188.695
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		3.656.180.296,50			3.326.779
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>660.516.567,48</u>	<u>4.316.696.863,98</u>		772.681
				7.458.744.121,06	7.234.857
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			19.557.058,52		40.721
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
darunter:					
Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
				19.557.058,52	40.721
3a. Handelsbestand				-,-	2.635
4. Treuhandverbindlichkeiten				3.158.894,83	3.431
darunter:					
Treuhandkredite	2.474.402,82				2.746
5. Sonstige Verbindlichkeiten				37.345.276,99	20.753
6. Rechnungsabgrenzungsposten				2.840.381,23	3.344
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			361.077.376,00		313.984
b) Steuerrückstellungen			1.052.841,04		-
c) andere Rückstellungen			<u>33.882.573,76</u>		34.852
				396.012.790,80	348.836
8. Nachrangige Verbindlichkeiten				192.596.421,04	168.703
9. Genussrechtskapital				22.000.000,00	22.000
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-				-
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken				75.029.306,84	50.029
darunter:					
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	29.306,84				29
11. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital					
aa) gezeichnetes Kapital		370.000.000,00			370.000
ab) Einlagen stiller Gesellschafter		<u>13.000.000,00</u>	383.000.000,00		13.000
b) Kapitalrücklage			47.041.959,68		47.042
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für eigene Anteile		-,-			-
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen		<u>218.311.453,65</u>	218.311.453,65		189.452
d) Bilanzgewinn			<u>13.218.608,88</u>		17.469
				661.572.022,21	636.963
Summe der Passiva				11.061.838.215,72	10.952.618
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			412.912.577,72		509.463
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			<u>-,-</u>		-
				412.912.577,72	509.463
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			<u>498.213.379,76</u>		279.167
				498.213.379,76	279.167

Gewinn-und-Verlust-Rechnung FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015

	€	€	€	€	VORJAHR T€
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		316.370.867,20			334.315
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		9.677.427,46	326.048.294,66		10.283
2. Zinsaufwendungen			<u>115.930.546,67</u>	+210.117.747,99	+196.304
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			15.469.240,59		14.927
b) Beteiligungen			6.803.594,49		5.804
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			<u>1.017.598,96</u>		1.827
				23.290.434,04	22.558
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				3.402.067,11	2.896
5. Provisionserträge			61.617.339,97		62.999
6. Provisionsaufwendungen			<u>4.089.606,78</u>	+57.527.733,19	+58.774
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands				-2.097.993,04	-5.320
8. Sonstige betriebliche Erträge				21.533.135,40	18.608
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		78.539.591,38			80.738
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		<u>51.809.699,09</u>	130.349.290,47		17.353
darunter:					
für Altersversorgung	38.747.843,85				4.770
b) andere Verwaltungsaufwendungen			<u>80.830.478,96</u>	211.179.769,43	179.882
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				5.537.851,19	5.404
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen				44.230.031,45	50.498
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft					28.427
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>18.780.965,07</u>	+18.780.965,07	-
					-28.427
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere					1.702
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>7.008.334,92</u>	+7.008.334,92	-1.702
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme				8.202.398,21	3.064
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				-25.000.000,00	-10.000
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				+45.412.374,40	+14.843
19. Außerordentliche Erträge					-
20. Außerordentliche Aufwendungen			<u>5.064.603,00</u>		5.065
21. Außerordentliches Ergebnis				-5.064.603,00	-5.065
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			14.123.087,28		-25.548
darunter:					
Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	135.790,44				41.651
23. Sonstige Steuern			<u>506.075,24</u>	14.629.162,52	-24.991
24. Jahresüberschuss				25.718.608,88	34.769
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr					-
26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage					-
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					-
a) aus der gesetzlichen Rücklage					-
b) aus der Rücklage für eigene Aktien					-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen					-
d) aus anderen Gewinnrücklagen					-
					-
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen					-
a) in die gesetzliche Rücklage					-
b) in die Rücklage für eigene Aktien					-
c) in satzungsmäßige Rücklagen					-
d) in andere Gewinnrücklagen			<u>12.500.000,00</u>	12.500.000,00	17.300
					17.300
29. Bilanzgewinn				13.218.608,88	17.469

Anhang

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgte nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

Aufgrund der durch das AIF-Umsetzungsgesetz veränderten Vorschriften zur Rechnungslegung wurden die Anteile an geschlossenen Investmentkommanditgesellschaften im Sinne des § 1 Abs. 1 KAGB zum 31.12.2015 mit einem Buchwert von 38,2 Mio. € (Vorjahr: 34,3 Mio. €) erstmals unter Aktiva 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen, nachdem sie bis zum Vorjahr unter Aktiva 7 „Beteiligungen“ erfasst waren.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Bei unverzinslichen und minderverzinslichen Forderungen wurde eine Abzinsung mit einem durchschnittlichen Refinanzierungssatz vorgenommen. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

Wertpapiere

Sämtliche Wertpapiere des Anlagebestandes und der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die unter Aktiva 5 „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Wertpapiere wurden dabei mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsenkurs bewertet. Die unter Aktiva 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Spezialfondsanteile wurden zum investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt. Das in dieser Position ebenfalls enthaltene Investmentvermögen gemäß § 1 Abs. 1 KAGB wurde, wie bisher, zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) bewertet. Dieser Risikoabschlag bzw. -zuschlag wird beim jeweiligen Bilanzposten „Handelsbestand“ (aktiv oder passiv) berücksichtigt.

Für die zu berücksichtigenden Risikoabschläge nutzt die Sparkasse Bremen die für die interne Risikosteuerung ermittelten Value-at-Risk-Abschläge. Hierbei wurden eine Haltedauer von 10 Handelstagen, ein Beobachtungszeitraum von 250 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,9 % angenommen.

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse Bremen die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Die Sparkasse Bremen weist ihre laufenden und abzugrenzenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsbeständen nicht im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes, sondern in den korrespondierenden Posten der Gewinn- und Verlust-Rechnung aus, da dieses der internen Steuerung entspricht.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340e Abs. 4 HGB weist die Sparkasse Bremen in der Gewinn- und Verlust-Rechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands (Posten 7) aus.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Die Bewertung einer Beteiligung erfolgte nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, da auf Ebene der Beteiligung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert wurde. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen und – wenn besondere Umstände vorlagen – zu niedrigeren Werten angesetzt.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten aus der erstmaligen Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts wurde ein geringer Teil des Sachanlagevermögens, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 410 € (ohne Vorsteuer) wurden aufgrund ihrer unwesentlichen Bedeutung für die Sparkasse Bremen im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % (wie im Vorjahr) zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 16,1 % (wie im Vorjahr).

Bestehende passive latente Steuern wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet.

Eigene Inhaberschuldverschreibungen

Die auf Kundenwunsch vorzeitig zurückerworbenen Inhaberschuldverschreibungen wurden von den entsprechenden passiven Bilanzposten abgesetzt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend den Laufzeiten abgegrenzt.

Rückstellungen

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen. Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichte fristenkongruente Zinssatz zugrunde gelegt. Für Jubiläumsrückstellungen und andere Rückstellungen, die auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten berechnet werden, wurde die Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angewandt.

Aus der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergab sich per 31.12.2015 eine Überdotierung bei einigen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 4 T€. Da diese Überdotierungen voraussichtlich bis spätestens zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde auf entsprechende Rückstellungsminderungen verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Sie wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB und des Artikels 75 Abs. 7 EGHGB mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Abzinsungssatz beträgt 4,3 %. Darüber hinaus wurden eine Gehaltssteigerung von 2,6 %, eine Rentensteigerung von 1,6 % und eine Steigerung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgröße von 1,5 % p. a. zugrunde gelegt.

In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen ergebende Zuführungsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt. Zum 31.12.2015 betrug der noch zuzuführende Betrag 45,4 Mio. €.

Der sich aus der Inanspruchnahme des Änderungswahlrechts aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB n. F. ergebende Unterschiedsbetrag betrug zum 31.12.2015 22,1 Mio. €.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgte aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Die Aufwendungen für Aufzinsungen von bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wurden in den Zinsaufwendungen ausgewiesen, der Zinsaufwand für die nicht bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wurde in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Das finanzmathematische Verfahren zur Berechnung der Prämienrückstellungen und der Rückstellungen aus steigenden Zinsverpflichtungen bei Ratensparverträgen wurde zum 31.12.2015 auf die Effektivzinsmethode umgestellt. Mit dem neuen Berechnungsverfahren wurde eine gleichmäßigere, kapitalgewichtete Verteilung der zukünftig höheren jährlichen Verzinsung auf die Vertragslaufzeit erreicht. Aus der Umstellung des Berechnungsverfahrens ergab sich im Geschäftsjahr 2015 eine Belastung der Ertragslage in Höhe von 142 T€.

Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, wurden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgte nach den Vorschriften des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB und IDW RS BFA 4.

Der Großteil der Bilanzbestände in Fremdwährung sowie nahezu sämtliche nicht abgewickelten Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte, die vollständig nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte wurden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die Währungsumrechnung der übrigen Bilanzbestände und Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften des § 256a HGB.

Die aus der Umrechnung ermittelten Kursgewinne und -verluste wurden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Posten 8) bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Posten 11) erfasst. Diese wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang dargestellt.

Bewertungseinheiten

Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Abschlussstichtag und während der Laufzeit des Grundgeschäfts vollständig gegenläufig sind (Critical-Terms-Match) und mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten abgeschlossen werden. Es wurden sowohl Wertpapiereigengeschäfte als auch derivative Kundengeschäfte mit gegenläufigen Sicherungsgeschäften jeweils zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst.

Als Grundgeschäfte wurden Rentenpapiere und schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 543,4 Mio. € in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelte es sich jeweils um sogenannte Mikro-Bewertungseinheiten. Diese Geschäfte wurden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsrisiken abgesichert. Sämtliche Bewertungseinheiten wurden nach der Einfrierungsmethode bewertet.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuch)

Im Rahmen der Überprüfung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 wurde eine barwertige Methode angewendet. Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Verwaltungs- und Risikokosten sowie potenzielle Rückabwicklungskosten bestehender Darlehensverträge vorgenommen worden. Als Zinsstrukturkurve wurden produktspezifische Renditekurven zugrunde gelegt. Ein Verpflichtungsüberschuss bestand nicht und die Bildung einer Rückstellung war nicht erforderlich.

Derivate

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

Negativzinsen

Negativzinsen wurden mit Zinserträgen bzw. -aufwendungen verrechnet und im Zinsergebnis ausgewiesen. Summiert, hat sich das Zinsergebnis um 305 T€ erhöht.

II. Erläuterungen zur Bilanz (SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

Aktivseite

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	196.811
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	45.031
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.504
– mehr als fünf Jahre	200

Im Posten 3 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 62)	4.795
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–
– Forderungen an die eigene Girozentrale	21.322
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: –)	–

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

– mit unbestimmter Laufzeit	718.858
-----------------------------	---------

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

– bis drei Monate	366.874
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	577.215
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.190.767
– mehr als fünf Jahre	4.904.916

Im Posten 4 sind enthalten:

– Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 65.621)	67.666
– Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 208.103)	73.019
– nachrangige Forderungen (Vorjahr: 7.500)	7.500
– darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: –)	–
– darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)	–

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

16.546

Im Posten 5 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	1.082.860
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	1.200
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 354.574)	223.109
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

– börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	–
– börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	31.514
– Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 647.504)	423.678
– Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –)	–
– Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –)	–
– Spezialfondsanteile	240.457

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften grundsätzlich thesauriert.

Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10 %:						
Fonds	Buchwert 31.12.2015	Marktwert 31.12.2015	Unterschieds- betrag	Ausschüttung 2015	Tägliche Rückgabe möglich	Anwendung NWP
Mischfonds						
BremenKapital Dynamik	9.666	9.666	-	48	Ja	Ja
BremenKapital Ertrag	9.558	9.558	-	66	Ja	Ja
BremenKapital Wachstum	9.790	9.790	-	58	Ja	Ja
HI Bremen 7	36.606	36.606	-	1.078	Ja	Ja
HI Bremen 9	87.799	87.799	-	4.165	Ja	Ja
HI Bremen 11	116.052	116.052	-	2.135	Ja	Ja
Fisch MultiAsset MantaPlus Fund BE	19.343	19.343	-	-	Ja	Ja
Rentenfonds						
A.C.-Assenagon Credit Selection I	38.163	38.163	-	1.383	Ja	Ja
Aktiefonds						
Mandelbrot MKT Neu GER	2.500	2.577	-77	-	Ja	Ja
zu 6a. Handelsbestand						
Der Posten 6a ist wie folgt aufzugliedern:						
- derivative Finanzinstrumente						-
- Forderungen						-
- Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						-
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere						-
- sonstige Vermögensgegenstände						-
- Zwischensumme						-
- Risikoabschlag						-
- Gesamt						-
zu 7. Beteiligungen						
Im Posten 7 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.						
zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen						
Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.						
zu 9. Treuhandvermögen						
Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:						
- Forderungen an Kunden						2.474
- sonstige Vermögensgegenstände						685

zu 10. und 11. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

immaterielle Anlagewerte

Sachanlagen

Anschaffungskosten am Jahresanfang	14.993	228.340
Zugänge	36	893
Abgänge	278	1.804
kumulierte Abschreibungen	14.516	160.382
Bilanzwerte am Jahresende	235	67.047
Abschreibungen im Geschäftsjahr	173	5.365

Im Posten 11 Sachanlagen sind enthalten:

– im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	40.797
– Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.350

zu 12. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 12 sind enthalten:

– Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 83)	107
----------------------------------------------------------------	-----

Bemerkenswerte Einzelposten:

– nachrangige Vermögensgegenstände (stille Beteiligungen)	10.000
– gezahlte Optionsprämien	7.038
– Forderungen an verbundene Unternehmen	6.322

zu 13. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 13 sind enthalten:

– Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 513)	639
– Agien aus Forderungen (Vorjahr: 472)	185

zu 14. Aktive latente Steuern

Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren ausschließlich aus Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen.

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 4,0 Mio. €, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 45,8 Mio. € überdeckt.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen, den Wertpapieren sowie den Beteiligungen.

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	
Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von	
– bis drei Monate	221.426
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	126.888
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	587.478
– mehr als fünf Jahre	1.071.570
Im Posten 1 sind enthalten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 2.453)	5.286
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.635)	1.993
– Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	8.010
Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 1.393,1 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.	
zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	
Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von	
– bis drei Monate	30.849
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	34.023
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.341
– mehr als fünf Jahre	3.362
Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von	
– bis drei Monate	132.950
– mehr als drei Monate bis ein Jahr	121.285
– mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	157.485
– mehr als fünf Jahre	236.773
Im Posten 2 sind enthalten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 22.177)	33.615
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 43.125)	31.810
zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten	
Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig	4.157
Im Posten 3 sind enthalten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.832)	–
– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.746)	–
zu 3a. Handelsbestand	
Der Posten 3a ist wie folgt aufzugliedern:	
– derivative Finanzinstrumente	–
– Verbindlichkeiten	–
– Zwischensumme	–
– Risikoaufschlag	–
– Gesamt	–
zu 4. Treuhandverbindlichkeiten	
Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:	
– Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.474
– Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	685
zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten	
Bemerkenswerte Einzelposten:	
– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.993
– erhaltene Optionsprämien	7.221
– festgesetzte Steuervorauszahlungen	6.579
Für in diesem Posten enthaltene Marginverpflichtungen aus Eurex-Geschäften sind Wertpapiere über 10,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.	

zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 3.070):

2.645

zu 8. Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Posten 8 sind enthalten:

– Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.021)

–

– Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –)

–

Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr 2015 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen:

6.205

Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2016 bis 2028. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform sind nicht vorgesehen.

zu 9. Genusssrechtskapital

Der Bestand betrifft 3 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben.

zu 10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Zusammenhang mit der Umwandlung von stillen Vorsorgereserven und aus dem versteuerten Minderaufwand aus der gesetzlichen Ausweitung des Glättungszeitraumes bei den Pensionsrückstellungen wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB dotiert.

zu 11. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehört eine Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 2 Jahren und 6 Monaten.

Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 20.05.2015 wurde der Bilanzgewinn 2014 in Höhe von 16,4 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2015 von insgesamt 13,2 Mio. € 11,3 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 1,9 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten.

zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich)

Die Eventualverbindlichkeiten unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-, -entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die Genehmigung der Kreditvergabe und die Kreditüberwachung ist an die Höhe des einzelnen Risikos gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonität der Kreditnehmer sind entsprechende Kreditkompetenzen definiert, so dass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden. Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten gegenüber Dritten sind nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die Kreditnehmer aller Voraussicht nach erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist.

zu Andere Verpflichtungen (Nr. 2 unter dem Strich)

Die unwiderruflichen Kreditzusagen unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-, -entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und noch nicht vollständig ausgezahlt sind. Wesentliche Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen.

III. Sonstige Angaben zur Bilanz

Fremdwährungsaktiva und -passiva

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 286,8 Mio. € respektive 270,2 Mio. €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 6,1 Mio. €. Der Mietvertrag mit der längsten Laufzeit ist bis zum 31.08.2028 befristet. Die Verpflichtung hieraus beträgt p. a. 0,2 Mio. €.

Im Finanzanlagenbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungsverpflichtungen von derzeit 20,0 Mio. €.

Termingeschäfte

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse Bremen für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse Bremen freizustellen.

Es bestehen unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen von derzeit 0,6 Mio. € im Sinne des § 12 Abs. 5 RStruktFG. Hierfür ist eine Barsicherheit geleistet worden.

Anhangangaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt:

„Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.“

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

	NOMINALWERTE					MARKTWERTE		
	Restlaufzeit	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt	davon Handels- bestand	positiv	negativ
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte		1.674,1	2.219,2	3.743,5	7.636,8	0,0	175,3	319,1
Börsengeschäfte		-	-	-	-	-	-	-
Währungsbezogene Geschäfte								
OTC-Produkte		697,9	204,0	0,0	901,9	0,0	18,9	21,1
Börsengeschäfte		-	-	-	-	-	-	-
Geschäfte mit sonstigen Risiken								
OTC-Produkte		-	-	-	-	-	-	-
Börsengeschäfte		-	-	-	-	-	-	-
Gesamt					8.538,7	0,0		

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der Cashflows der beiden Swapseiten. Die Cashflows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Caps / Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Pfandbriefe

Zusätzliche Angaben für Pfandbriefe nach § 2 Abs. 1 RechKredV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt zum 31.12.2015 folgende zusätzliche Informationen:

AKTIVSEITE	in Mio. €	in Mio. €	2015 in Mio. €	2014 in Mio. €
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		–,-		–
b) Kommunalkredite		–,-		–
c) andere Forderungen		<u>368,3</u>		671,5
			368,3	671,5
<i>darunter:</i>				
<i>täglich fällig</i>	97,2			126,9
<i>gegen Beleihung von Wertpapieren</i>	–,-			–
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		3.521,9		3.392,6
b) Kommunalkredite		136,2		119,6
c) andere Forderungen		<u>5.104,7</u>		4.688,7
			8.762,8	8.200,9
<i>darunter:</i>				
<i>gegen Beleihung von Wertpapieren</i>	6,2			8,6
13. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		0,8		1,0
b) andere		<u>1,7</u>		1,8
			2,5	2,8
PASSIVSEITE				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		55,0		40,0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		–,-		–
c) andere Verbindlichkeiten		<u>2.138,0</u>		2.380,3
			2.193,0	2.420,3
<i>darunter:</i>				
<i>täglich fällig</i>	144,0			302,5
<i>zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe</i>	–,-			–
	–,-			–
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		210,1		175,1
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		–,-		–
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		3.068,5		2.946,7
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		73,6		188,7
d) andere Verbindlichkeiten		<u>4.106,5</u>		3.924,4
			7.458,7	7.234,9
<i>darunter:</i>				
<i>täglich fällig</i>	3.656,2			3.326,8
<i>zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe</i>	–,-			–
	–,-			–
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenpfandbriefe		–,-		–
ab) öffentliche Pfandbriefe		–,-		–
ac) sonstige Schuldverschreibungen		<u>19,6</u>		40,7
			19,6	40,7
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		2,8		3,3
b) andere		<u>–,-</u>		–,-
			2,8	3,3

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1 (in Mio. €)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ¹⁾ (Verschieb. nach oben)		Risikobarwert ¹⁾ (Verschieb. nach unten)	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	265,1	215,1	309,9	264,8	255,7	219,3	333,9
Gesamtbetrag der Deckungsmassen	732,7	661,9	845,3	784,0	748,9	694,1	874,7	807,8
davon gattungsklassische Deckungswerte	721,4	651,9	833,9	773,4	737,6	683,9	863,4	797,2
davon sonstige Deckungswerte	11,3	10,0	11,4	10,6	11,3	10,2	11,3	10,6
Überdeckung in %	176,41%	207,73%	172,76%	196,08%	192,83%	216,58%	161,98%	188,05%
Sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG in %			3,66%					

¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2 (in Mio. €)	Laufzeitstruktur 31.12.2015		Laufzeitstruktur 31.12.2014	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf
	bis zu sechs Monate	29,7	0,0	30,7
mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten	20,5	0,0	21,0	0,0
Summe bis zu 1 Jahr	50,2	0,0	51,7	0,0
mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten	42,4	0,0	22,9	0,0
mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren	38,5	0,0	29,1	0,0
Summe mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren	80,9	0,0	52,0	0,0
mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren	82,0	0,0	85,7	0,0
mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren	88,0	43,0	76,4	0,0
mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren	81,8	15,0	80,5	43,0
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	268,0	107,1	251,1	107,1
über 10 Jahre	81,9	100,0	64,5	65,0

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3

In den Deckungsmassen befinden sich keine Derivate.

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4 ff. (in Mio. €)	31.12.2015				31.12.2014				gesetzl. Grenze
	Nominal- wert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominal- wert netto	Anteil am Umlauf	Nominal- wert brutto	davon nicht anrechenbar	Nominal- wert netto	Anteil am Umlauf	
	§19 PfandBG Abs. 1 Nr. 1	-	-	-	-	-	-	-	
§19 PfandBG Abs. 1 Nr. 2	-	-	-	-	10,0	-	10,0	4,65%	10,00%
§19 PfandBG Abs. 1 Nr. 3	11,3	-	11,3	4,28%	-	-	-	-	20,00%
Weitere Deckung nach Art der gesetzlichen Begrenzung	§ 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG 10%-Grenze		davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013		§ 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG 20%-Grenze		Summe		
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	
Bundesrepublik Deutschland	-	-	-	-	11,3	-	11,3	-	-
Luxemburg	-	10,0	-	-	-	-	-	-	10,0
Summe	-	10,0	-	-	11,3	-	11,3	-	10,0
Nettobarwert je Fremdwährung	Barwert der Deckungsmassen		Barwert des Pfandbriefumlaufs		Nettobarwert in Fremdwährung				
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014			
keine	-	-	-	-	-	-			
	31.12.2015	31.12.2014							
Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte	97,56%	98,96%							
Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe	100,00%	100,00%							
Überschreitungsbeitrag hypothekarischer Deckung in Staaten, bei denen Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§ 13 Abs. 1 PfandBG)	-	-							
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit	5,60	5,60							

Die Sparkasse Bremen AG ist eine Pfandbriefbank. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage der Sparkasse Bremen im Internet unter www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1 (in Mio. €)

Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen	31.12.2015		31.12.2014		Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (sonstige Deckung)	31.12.2015		31.12.2014		Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumschlages
a) nach Größenklassen					sonstige Deckungswerte	11,3		10,0		4,28%
bis einschließlich 300 T€	581,4		535,2		weitere Deckung gem. § 19 Abs. 1 Nr. 2–3 PfandBG brutto	–		–		0,00%
mehr als 300 T€ bis einschließlich 1 Mio. €	63,8		47,8		davon nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	–		–		0,00%
mehr als 1 Mio. € bis einschließlich 10 Mio. €	76,2		68,9		davon höchste Geldforderung geg. Kl	–		–		0,00%
mehr als 10 Mio. €	0,0		0,0		Gesamtauslastung nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	–		–		0,00%
					Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	11,3		10,0		4,28%
					Deckung ausschließlich für Liquiditätssicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG	–		–		0,00%
					Summe gattungsklassische und weitere Deckung	732,7		661,9		276,4
b) nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen ¹⁾										
Bundesrepublik Deutschland	721,4		651,9							

¹⁾ keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

c) nach Nutzungsart in der Bundesrepublik Deutschland	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	Eigentumswohnungen	101,3	91,4	
Ein- und Zweifamilienhäuser	400,8	375,1		
Mehrfamilienhäuser	125,4	89,0		
Bürogebäude			9,4	7,0
Handelsgebäude			2,4	2,5
Industriegebäude			27,8	30,4
sonstige gewerblich genutzte Gebäude			54,2	56,5
unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten			0,1	0,0
Bauplätze			0,0	0,0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2 (in Mio. €)

Länder	Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen		Forderungen mit mindestens 5% Rückstandsbetrag	
	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
	Bundesrepublik Deutschland	0,0	0,0	0,0
Summe	0,0	0,0	0,0	0,0

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3 (in Mio. €)

	31.12.2015	31.12.2014
Durchschnittlich gewichteter Beleihungsauslauf	54,23 %	47,58 %

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4

a) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2015	wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke		gewerblich genutzte Grundstücke	
	31.12.2015 Anzahl	31.12.2014 Anzahl	31.12.2015 Anzahl	31.12.2014 Anzahl
		0	0	0
Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr	0	0	0	0
b) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr	0	0	0	0
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
c) Rückständige Zinsen	0,0	0,0	0,0	0,0

IV. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind rd. 5 % periodenfremde Erträge enthalten. Diese entfallen rd. zu einem Viertel auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

zu 2. Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 23 T€ enthalten.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 6.984 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 4.872 T€ Verwaltungskostenerstattungen und 3.741 T€ andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft enthalten.

Es wurden Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 1.529 T€ erfasst.

zu 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 31.348 T€ enthalten.

Es wurden Aufwendungen aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 16 T€ erfasst.

zu 21. Außerordentliches Ergebnis

In diesem Posten sind ausschließlich Aufwendungen aus der Umstellung auf die Vorschriften des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts enthalten.

Das außerordentliche Ergebnis führt zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

zu 23. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Überleitung vom erwarteten zum tatsächlichen Steueraufwand

	Mio. €
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	45,4
erwarteter Steueraufwand (31,93 %)	14,5
Steuerminderung auf a.o. Aufwand	-1,6
Steuerminderung durch sonstige Steuern	-0,2
Steuereffekte aus Abweichungen der steuerlichen Bemessungsgrundlage:	3,2
tatsächlicher Steueraufwand 2015	15,9
periodenfremde Steueraufwendungen und Erträge	-1,7
Aktivierung latenter Steuern	-0,1
tatsächlicher Ertragsteueraufwand laut Gewinn-und-Verlust-Rechnung	14,1

Angabe gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperrten Beträgen

Aufgrund der Höhe der frei verfügbaren anderen Gewinnrücklagen unterliegt der Jahresüberschuss keiner Ausschüttungssperre.

V. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz ab mind. 20% an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital Ende 2015 in %	Eigenkapital 2014 in T€	Ergebnis ³ 2014 in T€
BREBAU GmbH, Bremen	48,8	67.915	8.805
nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	10.000 ²	0 ¹
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0	5.050	0
nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	5.000 ²	0 ¹
nwkb nordwest-kredit Bearbeitungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	1.500 ²	0 ¹
nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen	100,0	1.000 ²	0 ¹
KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen	100,0	501 ²	0 ¹
nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	385 ²	0 ¹
s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen	100,0	125 ²	0 ¹
nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen	100,0	100 ²	0 ¹
Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen	100,0	42 ²	0 ¹

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2015

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die 5% der Stimmrechte überschreiten:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
BREBAU GmbH, Bremen	48,8
Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen	20,0
Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen	10,7
neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg	8,0
neue leben Holding AG, Hamburg	7,8
Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg	7,0

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,9 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,2 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

Aufsichtsrat

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Björn Drenkwitz

Alexander Künzel

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte

Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen

Heiko Oerter

Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs-/Steuerberatungsgesellschaft

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der Henry Lamotte Oils GmbH

Geschäftsführende Gesellschafterin der H. Marahrens-Schilderwerk,
Siebdruckerei, Stempel GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren
zum Bilanzstichtag mit 0,6 Mio. €.

Bezüge

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2015 für ihre Tätigkeit im
Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

Vorstand

Dr. rer. nat. Tim Neseemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren
zum Bilanzstichtag mit 1,9 Mio. €.

Bezüge

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,5 Mio. € vergütet, davon 1,7 Mio. €
fixe Bezüge und 0,8 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,4 Mio. €
gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen von 17,4 Mio. €.
In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird davon ein Betrag von
2,1 Mio. € bis spätestens zum 31.12.2024 angesammelt.

Mandate

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Bremen Mandate wahr:

Dr. Tim Nesemann

BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877–
 DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co.
 Freie Internationale Sparkasse S.A.
 GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen
 S-Servicepartner Norddeutschland GmbH (ehemals: NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH)

AR
 AR
 AR, Vorsitzender
 AR
 AR (bis 21.10.2015)

Joachim Döpp

Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Mitglied

Thomas Fürst

Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH
 Freie Internationale Sparkasse S.A.
 Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen
 neue leben Holding AG
 neue leben Pensionskasse AG
 neue leben Pensionsverwaltung AG
 neue leben Unfallversicherung AG
 Sparkassen Kreditpartner GmbH

AR, Vorsitzender
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR

Dr. Heiko Staroßom

BREBAU GmbH
 Öffentliche Versicherung Bremen

AR, Vorsitzender
 AR

Holm Diez

BREBAU GmbH

AR

Wolfgang Taden

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR

Bernhard Ruschke

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR (bis 11.08.2015)

Arne Beckefeld

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR (ab 12.08.2015)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	856 ¹
Teilzeit- und Ultimokräfte	505 ¹
	1.361
Auszubildende	88
Insgesamt	1.449

¹ davon gewerbliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 – Vollzeitkräfte 0
 – Teilzeit- und Ultimokräfte 40

Bremen, 9. März 2016

Die Sparkasse Bremen AG
 – Der Vorstand –

Dr. Nesemann

Döpp

Fürst

Dr. Staroßom

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 5. April 2016

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Guiddir

Wirtschaftsprüferin

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2015

Die Sparkasse Bremen AG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Die Sparkasse Bremen AG besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Bremen AG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2015 313.773 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt zum Jahresende 1.242.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 40.348 TEUR.

Unter Berücksichtigung der Steuern von 14.123 TEUR ergibt sich ein Nettogewinn von 25.719 TEUR. Die Steuern betreffen sowohl laufende wie auch latente Steuern.

Die Sparkasse Bremen AG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.



Bericht des Aufsichtsrates

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2015 zu vier Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er mittels Quartalsberichten zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2015 durch den Vorstand sowie die besonderen Funktionen nach MaRisk zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kredit- und Risikoausschuss gebildet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr einmal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2014, den Corporate Governance Bericht 2014 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2015 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen. Darüber hinaus nahm der Präsidialausschuss die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungs-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses nach § 25d Abs. 9, 11 und 12 KWG wahr.

Der Kredit- und Risikoausschuss trat im Jahr 2015 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und/oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Die Sparkasse Bremen AG sowie die regelmäßigen Quartalsberichte über die Risikoentwicklung und die quartalsweisen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis. Der Kredit- und Risikoausschuss nahm zudem die Aufgaben und Befugnisse eines Risikoausschusses nach § 25d Abs. 8 KWG wahr.

Die Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt haben. Der Umsetzungsstatus wurde vom Aufsichtsrat formal bestätigt.

Die von der Hauptversammlung am 20. Mai 2015 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratsitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss 2015 behandelt worden ist. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 5. April 2016 und des Aufsichtsrates am 7. April 2016 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 in seiner Sitzung am 7. April 2016 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2015 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.“

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlussklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2015. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 7. April 2016

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates





Eine starke Marke

Ein kurzer Film zur Entstehung des roten S.
Scannen Sie den QR-Code.



Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1-3 | 28195 Bremen
Postfach 107880 | 28078 Bremen
Telefon (0421) 179-0
www.sparkasse-bremen.de
mail@sparkasse-bremen.de

Zahlen und Fakten

Scannen Sie den QR-Code
und laden Sie den Jahres-
und Geschäftsbericht der
Sparkasse Bremen runter.

